

Die Wähler der Partei der zweiten Wahl: die Entwicklung der Wählerschaft der Freien Demokratischen Partei Deutschlands zwischen 1949 und 1996: eine empirische Analyse

Klein, Markus; Heinze, Thomas

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

GESIS - Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Klein, M., & Heinze, T. (1999). Die Wähler der Partei der zweiten Wahl: die Entwicklung der Wählerschaft der Freien Demokratischen Partei Deutschlands zwischen 1949 und 1996: eine empirische Analyse. *ZA-Information / Zentralarchiv für Empirische Sozialforschung*, 44, 6-38. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-199691>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

**Die Wähler der Partei der zweiten Wahl:
Die Entwicklung der Wählerschaft der
Freien Demokratischen Partei Deutschlands
zwischen 1949 und 1996
- eine empirische Analyse**

von Markus Klein und Thomas Heinze¹

Zusammenfassung:

Der Aufsatz untersucht anhand von Umfragedaten aus dem Zentralarchiv für Empirische Sozialforschung die Entwicklung der Wählerschaft der Freien Demokratischen Partei Deutschlands (FDP) zwischen 1949 und 1996. Die Befunde der empirischen Analysen deuten darauf hin, daß es sich bei der FDP um eine Funktionspartei handelt, die weniger um ihrer selbst als um ihrer Funktion im deutschen Parteiensystem willen gewählt wird.

Abstract:

By means of survey data from the Central Archive for Empirical Social Research this paper analyses the development of the electorate of the German Free Democratic Party (FDP) between 1949 and 1996. The empirical results point to the fact that voters do not give their votes to the FDP because of the party itself, but because of its function in the German party system.

¹ Dipl.-Volkswirt **Markus Klein** M.A., Zentralarchiv für Empirische Sozialforschung der Universität zu Köln, Postfach 41 09 60, 50 869 Köln, Tel.: 0221 / 470-3157, klein@za.uni-koeln.de

Thomas Heinze, Rodestraße 10, 54 290 Trier, hein4202@uni-trier.de

Für wertvolle Hinweise, Anregungen und Unterstützung danken wir **Manu Pötschke**, **Friederika Priemer** und **Erwin Rose**.

„Eine kleine Partei braucht Macht.“

Walter Scheel

1 Einleitung und Problemstellung

Ogleich von ihren Stimmenanteilen bei Bundestagswahlen her betrachtet eher eine Randerscheinung des deutschen Parteiensystems, hat die Freie Demokratische Partei (FDP) in der Geschichte der Bundesrepublik seit jeher eine herausragende Rolle gespielt. So war sie im Zeitraum zwischen 1949 und 1998 insgesamt 40 Jahre lang an der Bundesregierung beteiligt, nur in den Zeiträumen zwischen 1956 und 1961 sowie zwischen 1966 und 1969 war in der Bundesrepublik eine Regierungsbildung auch ohne die Beteiligung der Freien Demokraten möglich. Die Aufmerksamkeit, die der FDP von seiten der Parteienforschung zuteil geworden ist, steht allerdings in einem krassen Mißverhältnis zu ihrer politischen Bedeutung. So bemängelte **Theo Schiller** noch 1993 in einem Überblicksaufsatz über den Stand der FDP-Forschung, daß die Partei eher stiefmütterlich behandelt worden sei. Von den deutschen Traditionsparteien sei sie die in „sozialwissenschaftlicher Hinsicht ... wahrscheinlich ... am wenigsten erforschte“ (**Schiller** 1993: 119). Noch nicht einmal eine hinreichende „deskriptive Informationsgrundlage“ (vgl. ebenda: 122) existiere für die FDP.

Der vorliegende Aufsatz hat sich zum Ziel gesetzt, diese Informationsgrundlage in einer speziellen Hinsicht herzustellen, nämlich hinsichtlich der Wählerschaft der FDP. Dieses Unterfangen sieht sich vor das Problem gestellt, daß es sich bei der FDP um den „Prototyp einer Koalitions- und Regierungspartei“ (**Vorländer** 1990: 237) handelt, die primär die Funktion des „Mehrheitsbeschaffers“ erfüllt. Dies hat nach **Theo Schiller** zur Konsequenz, daß die „konzeptionellen Zugangsmöglichkeiten der Wahlsoziologie zum Phänomen FDP ... unter dem Vorbehalt [stehen], daß die Kontextbedingungen des jeweiligen Koalitionslagers die FDP-Befunde spezifisch ‘einfärben’. Entwicklungen können somit nur im Rahmen der jeweiligen ‘Koalitionsepoche’ aussagekräftig interpretiert werden, nach dem Koalitionswechsel muß der Bezugsrahmen neu justiert werden“ (**Schiller** 1993: 137). Um den Einfluß der Koalitionszugehörigkeit systematisch berücksichtigen zu können, muß sich eine zufriedenstellende Analyse der Wählerschaft der FDP folglich auf mindestens drei Zeitpunkte erstrecken: Zwei Zeitpunkte, zu denen sich die FDP in unterschiedlichen Koalitionen befand, sowie einen dritten Zeitpunkt, zu dem sie nicht an der Regierung beteiligt war. Wir werden in diesem Aufsatz über diese Minimalanforderung deutlich hinausgehen und unsere Analyse auf die gesamte Geschichte der Bundesrepublik Deutschland ausdehnen.

Der Aufsatz gliedert sich entsprechend seines Anliegens wie folgt: Zunächst werden wir einen kurzen Überblick über die Geschichte der FDP geben (Abschnitt 2). Dabei werden wir ihre programmatische Entwicklung und insbesondere ihre koalitionspolitischen Bindungen nachzeichnen, mit dem Ziel, die Geschichte der FDP in klar voneinander abgrenzbare Phasen einzuteilen. Im Anschluß daran werden wir uns mit den theoretischen Erklärungsansätzen der Wahlentscheidung zugunsten der FDP beschäftigen (Abschnitt 3). Hieraus werden wir konkrete Hypothesen über die Wählerschaft der FDP ableiten, die anhand empirischer Umfragedaten getestet werden können. Bevor wir mit den empirischen Analysen beginnen, beschreiben wir die unseren Analysen zugrundeliegende Datenbasis (Abschnitt 4). Die empirischen Analysen selbst gliedern sich in vier Abschnitte: Wir werden auf der Grundlage eines kumulierten Datensatzes, der die Jahre 1949 bis 1996 umfaßt, die Entwicklung der Wahlbereitschaft zugunsten der FDP dokumentieren (Abschnitt 5.1), die Entwicklung der FDP-Wählerschaft in diesem Zeitraum umfassend beschreiben (Abschnitt 5.2), die affektiven Parteibindungen der FDP-Wähler untersuchen (Abschnitt 5.3) sowie die Entwicklung der Position der FDP im bundesdeutschen Parteiensystem nachzeichnen (Abschnitt 5.4). Am Schluß des Aufsatzes stehen einige allgemeinere Überlegungen zur zukünftigen Entwicklung der FDP (Abschnitt 6).

2 Die Entwicklung der FDP seit ihrer Gründung

Die *Freie Demokratische Partei* Deutschlands (vgl. zum folgenden **Dittberner** 1987; **Vorländer** 1992a; **Lösche/Walter** 1996) wurde im Dezember 1948 in Heppenheim gegründet und ging aus verschiedenen liberalen Parteien hervor, die zunächst lokal gegründet worden waren und - in „Orientierung am deutschen Parteiensystem vor der NS-Zeit“ (**Dittberner** 1987: 27) - sehr unterschiedliche Vorstellungen von liberaler Politik vertraten: Es kam mit diesen Neugründungen zunächst zur Wiederbelebung des Schismas zwischen *Nationalliberalen* einerseits und *Links-* bzw. *Sozialliberalen* andererseits. Erstere vertraten das Konzept einer „scharf anti-sozialistischen, mit nationalen Parolen agitierenden Sammlungsstrategie“ (**Schiller** 1993: 125) und knüpften damit an die Tradition der Deutschen Volkspartei (DVP) an. Letztere waren am süddeutschen bzw. hanseatischen Liberalismus des Bildungsbürgertums orientiert und nahmen die Tradition der Deutschen Demokratischen Partei (DDP) wieder auf (vgl. ebenda: 23ff.).

Dennoch kam es in der Folgezeit nicht zur Institutionalisierung dieses Schismas in Gestalt zweier eigenständiger, überregional tätiger liberaler Parteien, so wie dies seit der Entstehung der liberalen Bewegung bis 1933 der Fall gewesen war (vgl. ebenda: 29). Diese im Hinblick auf die Geschichte des deutschen Liberalismus neue Entwicklung wird im allgemeinen wie folgt begründet: Einerseits gab es einen lagerübergreifenden Konsens über das Bekenntnis zur freien Marktwirtschaft, die Ablehnung von Klerikalismus und Kommunismus sowie die Priorität nationaler Einheit. Zum zweiten wurden bestehende programmati-

sche Differenzen dadurch aufgefangen, daß den einzelnen Landesverbänden inhaltliche Spielräume konzidiert wurden, d.h. die „ideologische Koexistenz“ (ebenda: 28f.) widerstreitender liberaler Konzepte ermöglicht wurde. Schließlich forcierte auch die Lizenzierungspolitik der Alliierten die Bildung einer einheitlichen liberalen Partei.

Institutionalisiert wurde mit der Gründung der FDP dagegen der Konflikt um den Kurs der Partei, wobei nicht zuletzt die nach außen sichtbare bundespolitische Anbindung an eine der großen Volksparteien verdeutlicht, welche der beiden Gruppen sich bei den innerparteilichen Richtungskämpfen durchzusetzen vermochte. Die programmatische „Beweglichkeit“ der FDP und ihre Offenheit für unterschiedliche Koalitionen sind also bereits in ihrer Gründungsgeschichte angelegt.

Im folgenden soll die Entwicklung der FDP seit ihrer Gründung kurz nachgezeichnet werden. Wir werden dabei ein besonderes Augenmerk auf die Entwicklung ihres programmatischen Profils und - damit auf das engste verbunden - ihre wechselnden koalitionspolitischen Bindungen richten. Die Geschichte der FDP wird von uns in 6 Phasen eingeteilt, die sich in erster Linie dadurch voneinander abgrenzen lassen, ob die FDP an der Bundesregierung beteiligt war oder nicht und mit wem sie im Falle einer Regierungsbeteiligung koalierte (eine ähnliche Phaseneinteilung findet sich bereits bei **Vorländer** 1990: 242-258).

Die Bürgerblock-Koalition der Jahre 1949-1956

1949 hatte sich die FDP in ihren „Bremer Beschlüssen“ klar zugunsten der CDU/CSU ausgesprochen und sich ein nationales, antisozialistisches und sozialreaktionäres Programm verordnet, mit welchem sie im selben Jahr in die „Bürgerblock“-Koalition unter **Adenauer** eintrat (vgl. **Dittberner** 1987: 16; **Schiller** 1977: 128; **Walter** 1994: 1092). Der nationalliberale Flügel der Partei dominierte während dieser Zeit, und insbesondere die norddeutschen Landesverbände versuchten die FDP zu einer Partei der nationalen Sammlung zu machen, wobei sie auch vor der Rekrutierung ehemaliger Nationalsozialisten nicht zurückschreckten (vgl. **Dittberner** 1987: 32). Im Januar 1953 kam es zur sog. **Naumann**-Affäre, bei welcher die britischen Besatzungsbehörden in der nordrhein-westfälischen FDP einen Kreis ehemaliger Nationalsozialisten um den letzten **Goebbels**-Staatssekretär im NS-Propagandaministerium **Werner Naumann** ausgemacht hatten und mehrere Personen in Haft nahmen. Diese Affäre zog ein verheerendes öffentliches Echo nach sich und bedeutete das Ende des „nationalen Rechtspartei-Konzeptes“ (**Vorländer** 1992a: 275) innerhalb der FDP.

Im Laufe der darauffolgenden programmatischen Neuorientierung trennte sich die FDP von ihren nationalliberalen Vertretern und machte progressiveren Liberalen wie **Walter Scheel** und **Wolfgang Döring** Platz. Diese Neuorientierung leitete zusammen mit der 1954 erfolgten Wahl des Adenauerkritikers **Thomas Dehler** zum Parteivorsitzenden einen suk-

zessiven Entfremdungsprozeß vom konservativen Lager ein, an dessen Ende 1956 der Koalitionsbruch stand. Insbesondere **Dehlers** Politik der „Opposition in der Regierung“, mit welcher er der FDP ein klareres Profil geben wollte, hatte dieser Entwicklung Vorschub geleistet (vgl. **Walter** 1994: 1093). Unmittelbarer Anlaß des Koalitionsbruches war das negative Abstimmungsverhalten der FDP-Fraktion zur Saarfrage im Bundestag (1955) gewesen, woraufhin **Adenauer** der FDP die Einführung des Mehrheitswahlrechts androhte. Um dies zu verhindern, wählte die nordrhein-westfälische FDP zusammen mit der SPD den Ministerpräsidenten **Karl Arnold** (CDU) ab, um die Mehrheitsverhältnisse im Bundesrat zu verändern. Am 23. Februar 1956 schließlich kündigte die FDP der CDU die Koalition auch im Bund auf. Daraufhin traten 16 FDP-Bundestagsabgeordnete einschließlich der vier FDP-Bundesminister aus der Partei aus und gründeten wenig später die *Freie Volkspartei* (FVP), die allerdings in der deutschen Politik nicht reüssieren konnte. Die FDP ging in die Opposition.

Die Oppositionsphase der Jahre 1957-1961

Der Verlust der Regierungsmacht führte erneut zu heftigen parteiinternen Diskussionen über das programmatische Profil der FDP und ihre zukünftige Rolle im bundesdeutschen Parteiensystem. Diese Auseinandersetzungen mündeten 1957 in das „Berliner Programm“, in welchem sich die FDP als „dritte Kraft“ und „liberale Mitte“ im westdeutschen Parteiensystem definierte, die ein „unabhängiges“ und „selbständiges“ Gegengewicht zu den Volksparteien CDU/CSU und SPD darstellt (vgl. **Schiller** 1977: 127). Als personelle Vervollständigung dieser inhaltlichen Neuorientierung kann die Ablösung **Dehlers** vom Parteivorsitz 1957 und - nach einer Interimszeit von **Reinhold Maier** - die Wahl des relativ jungen **Erich Mende** zum Parteivorsitzenden im Jahr 1960 aufgefaßt werden.

Die bürgerliche Koalition der Jahre 1961-1966

Die klare Präferenz **Mendes** für die Unionsparteien verhalf der FDP - trotz und vielleicht gerade wegen ihres Anti-Adenauerslogans: „Mit der CDU, aber ohne **Adenauer**!“ - zu ihrem bis dahin besten Wahlergebnis. In den Augen vieler Wähler machte sich die FDP nach der Wahl dann aber unglaublich, als sie sich wiederum an einer Regierung unter **Adenauer** beteiligte. Allerdings war diese Koalition nicht hinreichend bestandsfähig - nicht nur des allgemein distanzierteren Verhältnisses der FDP zum Bürgerlager wegen (vgl. **Schiller** 1977: 129), sondern besonders aufgrund inhaltlicher Divergenzen bei bürgerrechtspolitischen Fragen. Insbesondere die SPIEGEL-Affäre (1962/63), bei welcher die FDP ihr Selbstverständnis „als Partei der Bürgerrechte“ (**Dittberner** 1987:39) glaubhaft vermitteln konnte, legte die Divergenzen der Koalitionäre offen und verschlechterte das Koalitionsklima. Hinzu kamen wachsende Meinungsverschiedenheiten in der Deutschlandpolitik und mangelnde Übereinstimmungen in Steuerfragen, so daß die Koalition 1966 auseinanderbrach.

Die Große Koalition der Jahre 1966-1969

Während der Phase der Großen Koalition begann - nicht zuletzt auch unter dem Eindruck der Wahlerfolge der NPD und der Außerparlamentarischen Opposition - ein weiterer innerparteilicher Erneuerungsprozeß, der zur weiteren Entfremdung vom CDU/CSU-Lager führte. Mit dem Hannoveraner Aktionsprogramm (1967) gab sich die FDP einen entsprechend reformerischen Kurs, der sie vor allem hinsichtlich ihrer Bildungs- und Deutschlandpolitik an die SPD annäherte. Personell fand dieser Kurs 1968 in der Wahl **Walter Scheels** an die Parteispitze seinen Niederschlag. Ein erster wichtiger Schritt hin zur späteren Koalition mit der SPD war im März 1969 die Wahl des Sozialdemokraten **Gustav Heinemann** zum Bundespräsidenten mit den Stimmen von SPD und FDP.

Die sozial-liberale Koalition der Jahre 1969-1982

Der Eintritt in die sozial-liberale Koalition 1969 war vor diesem Hintergrund dann auch konsequent und stellte sicherlich nicht nur eine „rhetorische Attitüde“ (**Walter** 1994: 1096) dar, sondern einen grundsätzlichen programmatischen Wandel zugunsten des linksliberalen Lagers. In den *Freiburger Thesen* des Jahres 1971 versuchte die FDP „Anschluß an den Reformgeist dieser Jahre zu gewinnen“ und „formulierte einen sozialliberalen Ansatz zur ‘Reform des Kapitalismus’“ (**Vorländer** 1992b: 154). Dieser Wandel wurde unter anderem auch durch den Austausch der FDP-Elite stabilisiert (vgl. hierzu u.a. **Hoffmann-Lange** 1980). Wie schon die programmatischen Richtungskämpfe in den fünfziger und sechziger Jahren verlief jedoch auch dieser Wechsel nicht friktionslos. Es gab erheblichen innerparteilichen Widerstand, der letztlich zu einer erneuten Abspaltung des „rechten“ Flügels und zum Übertritt einiger Bundestagsabgeordneter in die CDU/CSU-Fraktion führte. Auch brachten die Mißerfolge bei den folgenden Landtagswahlen 1970 in Niedersachsen und dem Saarland die „Frontwechsler“ in Begründungsprobleme. Erst nachdem ein Mißtrauensvotum die sozial-liberale Koalition nicht stürzen konnte und die vorgezogene Bundestagswahl 1972 die Koalition bestätigte, war die programmatische Neuorientierung der FDP durchgesetzt (vgl. **Dittberner** 1987: 43f.). Insbesondere **Hans-Dietrich Genscher**, der 1974 zum Parteivorsitzenden gewählt wurde, avancierte in den siebziger Jahren zum „Vorzeigeminister“ der FDP und etablierte sich neben **Helmut Schmidt** als Garant deutscher Außenpolitik.

Die sozial-liberale Koalition, die als Reformkoalition angetreten war, wurde jedoch schon Ende der 1970er Jahre instabil, als unter dem Eindruck der anhaltenden wirtschaftlichen Rezession (Ölkrise, Staatsverschuldung, Inflation) die Regierungstätigkeit zunehmend zum „Krisenmanagement“ wurde und wirtschaftspolitische Divergenzen zwischen den Koalitionspartnern auftraten (**Dittberner** 1987: 42). Besonders der immer noch existente rechte Flügel der FDP kritisierte heftig den staatsinterventionistischen Keynesianismus der SPD unter Betonung neoliberaler Ordnungskonzepte. Diese Position wurde 1977 dezidiert in den *Kieler Thesen* artikuliert und fand in **Graf Lambsdorff** einen prononcierten Repräsen-

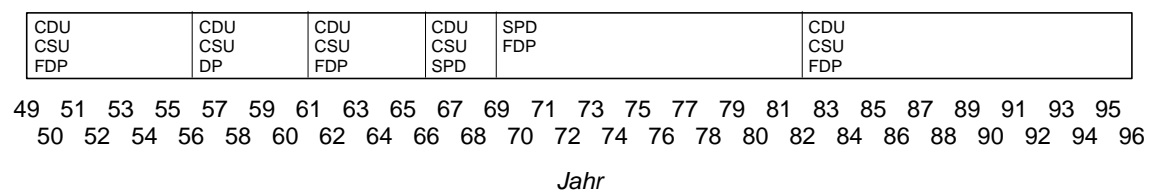
tanten. Spätestens nach der Bundestagswahl 1980 wurden - neben anderen - die wirtschaftspolitischen Divergenzen immer größer und kulminierten im sog. „**Lambsdorff-Papier**“ zur Wirtschafts- und Sozialpolitik vom 9. September 1982. Dieses veranlaßte **Helmut Schmidt** am 17. September 1982 zur Aufkündigung der Koalition.

Die bürgerlich-liberale Koalition der Jahre 1982-1998

Die am 1. Oktober 1982 durch ein konstruktives Mißtrauensvotum herbeigeführte „Wende“ stellte mithin eine erneute „Kehrtwende“ der FDP dar und führte zu erheblichen Frikationen. Es kam zu massenhaften Mitgliederaustritten, und fast die gesamte linksliberale Elite trennte sich von der FDP. In den Meinungsumfragen sank die FDP in der Wählergunst auf einen absoluten Tiefpunkt; als Ergebnis war die FDP Ende 1983 in fünf Länderparlamenten nicht mehr vertreten. Nach dem relativ glimpflichen Ausgang der vorgezogenen Bundestagswahl 1983 (7%) stabilisierte sich die FDP in der Folgezeit jedoch wieder und konsolidierte den Kurswechsel auf dem Saarbrücker Parteitag (1985) mit einem neoliberalen Programm sowie der Wahl **Martin Bangemanns** zum neuen Parteichef. Inhaltlich machte sich die FDP von 1983-90 vor allem durch das Bemühen sichtbar, außenpolitische Stabilität zu garantieren, marktwirtschaftliche Prinzipien in der Koalition zu vertreten und als liberale „Bremse“ des konservativen Koalitionspartners zu wirken (vgl. **Dittberner** 1987: 62).

Dieses spezifische Profil ist ihr nach der deutschen Einheit, die der FDP insbesondere durch die besondere Rolle **Genschers** während des Wiedervereinigungsprozesses kurzfristig hohe Stimmengewinne einbrachte, jedoch zunehmend abhanden gekommen: Weder konnte die FDP personell an die außenpolitische Kompetenz **Genschers** noch an den wirtschaftsliberalen Impetus **Lambsdorffs** anschließen. Der Versuch des ehemaligen FDP-Generalsekretärs **Werner Hoyer**, die FDP als „Partei der Besserverdienenden“ auf dem politischen Markt des vereinten Deutschlands zu positionieren, war denn auch wohl eher ein Zeichen der programmatischen Orientierungslosigkeit der FDP. Es bleibt abzuwarten, in welche Richtung sich die FDP nach der Niederlage der Bürgerlichen Koalition bei der Bundestagswahl 1998 bewegen wird.

Abb. 1: Die Regierungskoalitionen auf Bundesebene zwischen 1949 und 1996



3 Wahlsoziologische Modelle zur Erklärung der FDP-Wahl

Der empirischen Analyse des FDP-Elektorates wird in den meisten einschlägigen Publikationen nur wenig Raum gewidmet. Über die Wählerschaft der FDP existieren dementsprechend auch nur wenig gesicherte Erkenntnisse. Wir wollen im folgenden zunächst zusammentragen, was in der Literatur an Vermutungen über die Determinanten der FDP-Wahl angestellt wurde. Dabei werden wir zwischen Modellen unterscheiden, die auf die Sozialstruktur rekurrieren (vgl. Kap. 3.1) und Modellen, die sich auf taktische Motive beziehen (vgl. Kap. 3.2). Auf dieser Grundlage werden wir dann Hypothesen formulieren, die einem empirischen Test zugänglich sind (vgl. Kap. 3.3).

3.1 Sozialstrukturelle Grundlagen der FDP-Wahl

Bis in die 60er Jahre hinein wird die FDP als „bürgerliche Interessenpartei“ (*Schiller* 1981: 156) beschrieben, die ihren größten Rückhalt im sog. *Alten Mittelstand* aus Selbständigen, Freiberuflern, Ärzten, Großgrundbesitzern und Landwirten fand. Die Neigung zur Wahl der FDP war in dieser Bevölkerungsgruppe bei nicht-katholischen, antiklerikalen Personen nochmals erkennbar höher. Im genannten Zeitraum bestand die Wählerschaft der Liberalen mehrheitlich aus Selbständigen (*Schiller* 1993: 136).

Die gravierenden Verschiebungen der bundesdeutschen Sozialstruktur nach dem Zweiten Weltkrieg haben sich aber auch auf die Wählerschaft der FDP ausgewirkt: Der rückläufige Bevölkerungsanteil der Selbständigen hat - trotz einer weiterhin ausgeprägten FDP-Affinität dieser Gruppe - zu einem rückläufigen Anteil der Selbständigen an den FDP-Wählern geführt. Gleichzeitig hat der Anteil der Angestellten und Beamten unter den Wählern der Liberalen stetig zugenommen, da diese beiden Berufsgruppen einen immer größeren Anteil an der Gesamtbevölkerung ausmachten. Spätestens mit dem Übergang zur sozial-liberalen Koalition Ende der sechziger Jahre und der programmatischen Neuausrichtung der Partei hat sich aber auch die Affinität dieses sog. *Neuen Mittelstandes* zur FDP deutlich erhöht. Dies gilt um so mehr, wenn man die Angestellten und Beamten zusätzlich nach Hierarchieposition, Gewerkschafts- und Konfessionszugehörigkeit differenziert: „Leitende und gewerkschaftlich nicht organisierte, nicht-katholische Angehörige des ‘neuen Mittelstandes’ übertreffen sogar noch die überproportionale Neigung der Selbständigen zur Wahl der FDP, so daß wohl eine Stellung mit ‘Dispositionsbefugnis’ und überdurchschnittliches Einkommen als Erklärung in Frage kommen“ (*Schiller* 1993: 136f.).

Obgleich es also durchaus erkennbare Affinitäten bestimmter sozialer Gruppen zur FDP gibt, besitzen die Liberalen gleichwohl keine klassische Wählerklientel in dem Sinne, daß sie die Interessen einer bestimmten Bevölkerungsgruppe auch nur annähernd exklusiv vertreten würde: „Die FDP ist in keiner sozialstrukturellen Gruppe Mehrheitspartei. Eine auch nur zwischen einer einzigen Gruppe und der FDP festzustellende Klientelbeziehung gibt es

nicht“ (*Fliszar/Gibowski* 1984: 74). Die ehemals bestehende Verankerung im Alten Mittelstand hat sich spätestens mit dem Übergang in die sozial-liberale Koalition deutlich abgeschwächt, und diese Bevölkerungsgruppe fühlt sich nun stärker von den Unionsparteien angezogen. Die FDP besitzt darüber hinaus auch keine Verankerung in großen gesellschaftlichen Vorfeldorganisationen wie den Gewerkschaften oder Kirchen, die ein natürliches liberales Wählerreservoir darstellen könnten. Die FDP als Wählerpartei ist insofern „eine Partei sui generis“ (*Vorländer* 1990: 272).

Zudem gilt, daß diejenigen sozialstrukturellen Kontinuitäten, die sich seit den siebziger Jahren beobachten lassen, nicht ausschließlich im Sinne eines Modells unmittelbarer politischer Interessenvertretung interpretieren lassen. Wenn sich die Wählerschaft der FDP primär durch ein überdurchschnittliches Einkommen, überdurchschnittlich hohe formale Bildung und die Herkunft aus dem gehobenen Mittelstand auszeichnet (*Vorländer* 1990: 272; *Schiller* 1993: 136), dann heißt das auch: Der „typische FDP-Wähler ist der ungebundene Wechselwähler aus dem Mittelstand der Selbständigen sowie der leitenden Angestellten und Beamten, der ein eher instrumentelles als festgefügtes Wahlverhalten aufweist“ (*Vorländer* 1990: 274). Die zur Beschreibung der FDP-Wählerschaft angeführten soziodemographischen Merkmale sind nämlich klassische Indikatoren für Ressourcenstärke, die sich auch dahingehend interpretieren lassen, daß die liberalen Wähler bei ihrer Wahlentscheidung in stärkerem Maße taktisch-rationale Motive verfolgen. Diese Motive sollen im folgenden Kapitel intensiver diskutiert werden.

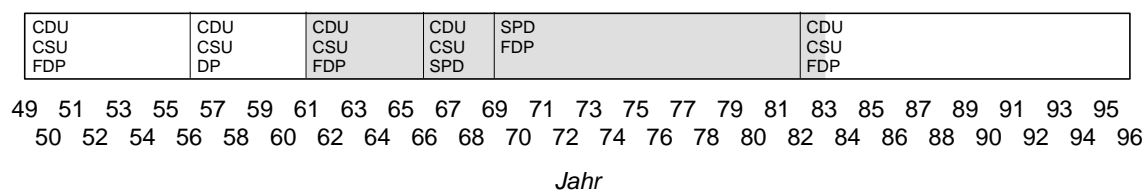
3.2 Funktionswählermotive

Vorländer bezeichnet die FDP aufgrund ihrer besonderen Rolle im bundesdeutschen Parteiensystem als den „Prototyp einer Koalitions- und Regierungspartei“ (1990: 237). Damit ist angedeutet, daß die FDP primär eine Mehrheitsbeschaffungs- und Korrektivfunktion erfüllt, deren wahlsoziologisches Pendant nach *Schiller* die situativen „Funktionswähler“ sind (*Schiller* 1993: 133, 137). Die FDP kann sich also nur in begrenztem Maße auf eine stabile Wählerklientel stützen, die der Partei dauerhaft verbunden ist; sie wird vielmehr von „wechselnden Wechselwählern“ (*Schiller* 1990) gewählt, die die FDP primär in ihrer Funktion als Koalitionspartner und Regierungspartei sehen und ihre Wahlentscheidung folglich aufgrund taktischer Motive treffen (vgl. hierzu ausführlich *Dittberner* 1987: 143-154). Vor diesem Hintergrund wird in der Literatur auch immer wieder darauf hingewiesen, daß die Regierungsbeteiligung für die FDP ein „Überlebensimperativ“ sei (*Schiller* 1993: 124).

Man kann die Erwartung formulieren, daß die funktionalen Motive zur Wahl der FDP immer dann besonders stark ausgeprägt sind, wenn sich die FDP in der Position einer „Pivotal Party“ (*Rémy* 1975) befindet, da ihr dann eine besondere strategische Bedeutung bei der

Regierungsbildung zukommt und sie deshalb die Aufmerksamkeit der Wähler auf sich zieht. Von der Position einer „Pivotal Party“ soll im Rahmen dieses Aufsatzes immer dann gesprochen werden, wenn eine Partei, die sich in der Mitte des Parteiensystems befindet, *sowohl* mit einer Partei der Linken *als auch* mit einer Partei der Rechten eine Koalition bilden könnte, die über eine Regierungsmehrheit verfügt. In Abb. 2 ist dementsprechend derjenige Zeitraum grau hervorgehoben, in dem die FDP sowohl mit der SPD als auch mit der CDU eine Koalition hätte bilden können, die über eine Mehrheit der Parlamentsmandate verfügt hätte. Dies galt nur für den Zeitraum zwischen 1961 und 1983.

Abb. 2: Die Stellung der FDP als „Pivotal Party“ zwischen 1949 und 1996



Anmerkung: Im grau hervorgehobenen Zeitraum befand sich die FDP in der Position einer „Pivotal Party“.

3.2.1 Mehrheitsbeschaffungsfunktion

Die Mehrheitsbeschaffungsfunktion der FDP kann vor allem solche Wähler zu einer Wahlentscheidung zugunsten der FDP bewegen, die eine starke Bindung an ihren jeweiligen Koalitionspartner aufweisen. Wenn die FDP sich in einer stabilen Koalition mit ihrer präferierten Partei befindet bzw. eine eindeutige Koalitionsaussage zugunsten dieser Partei getroffen hat, dann haben diese Wähler immer dann einen Anreiz, FDP zu wählen, wenn die FDP an der 5%-Hürde zu scheitern droht und die Regierungsmehrheit der betreffenden Koalition so in Gefahr gerät. Die FDP ist dann für diese Wähler zwar nur die „Partei der zweiten Wahl“ (**Dittberner** 1987), erfüllt aber eine abgeleitete Funktion, da sie die Regierungsbeteiligung ihrer eigentlich präferierten Partei sichern hilft. Die Stimmen dieser Wähler wurden in der politischen Auseinandersetzung dementsprechend häufig auch als „Leihstimmen“ bezeichnet (vgl. **Roberts** 1988: 329).

Als Indikator für ein derart motiviertes Wählerverhalten wird in der Literatur oftmals das Stimmensplitting betrachtet (vgl. z.B. **Vorländer** 1990: 275). Wenn ein Wähler mit seiner Zweitstimme die FDP und mit seiner Erststimme den Wahlkreiskandidaten ihres Koalitionspartners wählt, so wird dies dahingehend interpretiert, daß dieser Wähler der FDP seine Stimme nur „geliehen“ hat. Eine solche Interpretation ist allerdings insofern problematisch, als die Tatsache, daß viele FDP-Wähler mit ihrer Erststimme den Wahlkreiskandidaten einer anderen Partei wählen, auch schlicht die Tatsache reflektieren kann, daß eine Stimme für einen Wahlkreiskandidaten der FDP aufgrund seiner geringen Erfolgsaussichten in der Regel eine verschenkte Stimme ist (vgl. **Roberts** 1988: 318). Stimmensplitting kann also

umgekehrt auch bedeuten, daß überzeugte FDP-Wähler dem Wahlkreiskandidaten des jeweiligen Koalitionspartners der Liberalen ihre Erststimme „leihen“ (*Stammen* 1987: 118). Das Stimmensplitting muß in diesem Fall eher als ein Indikator für Koalitionsspräferenzen betrachtet werden.

3.2.2 Korrektivfunktion

Neben der bloßen Mehrheitsbeschaffung kann die FDP als Regierungspartei in den Augen der Wähler aber auch eine weitere wichtige Funktion erfüllen: Wenn sich Wähler für die FDP entscheiden, um die absolute Mehrheit einer der beiden großen Volksparteien zu verhindern, dann erfüllt die FDP gewissermaßen eine Korrektivfunktion innerhalb der Regierung. Diese Korrektivfunktion kann theoretisch für drei Gruppen von Wählern bedeutsam sein:

- Anhänger der großen Oppositionspartei, die aufgrund einer von ihnen wahrgenommenen Minderheitsposition ihrer Partei die FDP wählen, um wenigstens die Alleinherrschaft einer noch weniger geschätzten Partei zu verhindern. So wird beispielsweise vermutet, daß bei der Bundestagswahl 1980 viele CDU-Anhänger die Niederlage der Unionsparteien unter Führung des unbeliebten Kanzlerkandidaten *Franz-Josef Strauß* bereits frühzeitig antizipierten und deshalb FDP wählten, um sicherzustellen, daß die SPD in der Regierung dem moderierenden Einfluß eines liberalen Koalitionspartners ausgesetzt sein würde (*Roberts* 1988: 324).
- Anhänger des Koalitionspartners der FDP, die keine Alleinherrschaft ihrer Partei wünschen. Diese Haltung wiederum kann prinzipieller Natur sein oder aufgrund einer eher kurzfristigen Unzufriedenheit mit der Politik und/oder dem Personal ihrer Erstpräferenz (*Roberts* 1988: 324). So sprachen sich beispielsweise bei der Bundestagswahl 1990 immerhin 58% der Unionsanhänger gegen eine absolute Mehrheit der Union aus (*Jung* 1992: 73).
- Schließlich können auch ungebundene Wähler, die keiner Partei besonderes Vertrauen entgegenbringen, FDP wählen, um die absolute Mehrheit derjenigen Partei zu verhindern, die in der Wählergunst jeweils vorne liegt. Eine Koalitionsregierung mag diesen Wählern im Vergleich zur Alleinherrschaft einer Partei als das kleinere Übel erscheinen.

3.3 Abgeleitete Hypothesen

Aus den eben angestellten Überlegungen lassen sich die folgenden Hypothesen ableiten, die wir in Kapitel 5 empirisch untersuchen werden:

- H₁: In Phasen, in denen die FDP auf der Bundesebene an einer Regierungskoalition beteiligt ist, wird sie aufgrund einer hohen Zahl von taktisch motivierten Funktionswählern einen größeren Stimmenanteil erzielen als in Phasen, in denen sie sich in der Opposition befindet.
- H₂: Wenn sich die FDP in der Rolle einer „Pivotal Party“ befindet, wird sie aufgrund ihrer zentralen strategischen Funktion eine größere Zahl von Funktionswählern auf sich ziehen als ihr dies gelingt, wenn sie sich nicht in dieser Rolle befindet.
- H₃: Die Affinität der verschiedenen sozialen Gruppen zur Wahl der FDP und dementsprechend auch die Zusammensetzung der Wählerschaft der FDP unterscheidet sich in Phasen unterschiedlicher Koalitionsbindungen deutlich. Da viele Funktionswähler die FDP wählen, um ihrem jeweiligen Koalitionspartner zu einer Regierungsmehrheit zu verhelfen, sollten diejenigen Einflußfaktoren, die die Wahl des Koalitionspartners begünstigen, auch mit der Wahlentscheidung zugunsten der FDP zusammenhängen. Wechselnde Koalitionen führen folglich auch zu sich verändernden Bestimmungsgründen der FDP-Wahl.
- H₄: Es gibt keine sozialstrukturelle Gruppe, in der die FDP Mehrheitspartei ist. Ein umfassendes sozialstrukturelles Modell zur Erklärung der FDP-Wahl sollte daher nur geringe Erklärungskraft besitzen. Das R^2 eines solchen Modells sollte insbesondere niedriger sein als das R^2 eines sozialstrukturellen Modells zur Erklärung der SPD- oder der CDU/CSU-Wahl.
- H₅: Aus H₃ folgt außerdem, daß unter den Wählern der FDP ein gewisser Teil sich nicht mit der FDP identifiziert, sondern eine affektive Parteiidentifikation zugunsten ihres jeweiligen Koalitionspartners aufweist (vgl. *Dittberner* 1987: 153).
- H₆: Da das Funktionsmotiv zur Wahl der FDP auch in der Verhinderung einer absoluten Regierungsmehrheit ihres jeweiligen Koalitionspartners bestehen kann, sollte sich unter den FDP-Wählern ein höherer Anteil von parteiungebundenen Wählern befinden als bei anderen Parteien.
- H₇: Der Standort der FDP im bundesdeutschen Parteiensystem ist nicht festgelegt, sondern hat sich im Laufe der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland drastisch verändert. Je nach Koalition Zugehörigkeit bewegt sich die FDP zwischen der SPD und der CDU hin und her.

4 Datenbasis

Als Datengrundlage für die im folgenden berichteten empirischen Analysen dient ein kumulierter Datensatz aus repräsentativen Bevölkerungsumfragen, der - mit einigen wenigen Lücken – auf jährlicher Basis den Zeitraum von 1949 bis 1996 abdeckt.² Diesem kumulierten Datensatz, der insgesamt 159.727 Fälle umfaßt, liegen die in Tabelle 1 dokumentierten Einzeldatensätze zugrunde. Die folgenden 15 inhaltlichen Variablen stehen für die Analyse zur Verfügung: Wahlabsicht, Parteisympathie, Parteiidentifikation, Geschlecht, Alter, Haushaltsgröße, Bundesland, Kirchgang, Bildung, Berufsgruppe, Familienstand, Ortsgröße, Gewerkschaftsmitgliedschaft, Konfession und Haushaltsnettoeinkommen. Allerdings sind nicht alle der genannten Variablen in jedem Jahr erhoben worden. So existiert beispielsweise die Frage nach der Parteiidentifikation erst ab dem Jahr 1967 (vgl. für eine umfassende Dokumentation **Kohler** 1995: 98-130).

Eine Besonderheit weist die Variable „Wahlabsicht“ auf. Im Regelfall liegt dieser eine der altbekannten Sonntagsfrage entsprechende Frageformulierung zugrunde („Welche Partei würden Sie wählen, wenn am nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre?“). Aufgrund der Tatsache, daß die „Sonntagsfrage“ zwischen 1954-1960 und 1962 nicht erhoben wurde, wurde für die „Wahlabsicht“ dieser Jahre auf eine Proxy-Variable zurückgegriffen. Es handelt sich hierbei um die Frage danach, welche Partei dem Befragten am besten gefällt.³

In Kapitel 5.4 wurde für die dort berichteten Faktorenanalysen der Sympathieskalometer der Parteien nicht auf den kumulierten Datensatz, sondern auf die ihm zugrundeliegenden Einzelstudien zurückgegriffen, da die kumulierte Version die Sympathieskalometer nur in Form eines Sympathiedifferentials zwischen den Parteien enthält. Für die Jahre 1977-1996 wurde komplett auf die kumulierten Politbarometer der Forschungsgruppe Wahlen ausgewichen.

2 Dieser Datensatz wurde für die Jahre 1953 bis 1992 ursprünglich von **Ulrich Kohler** (1995) im Rahmen seiner Magisterarbeit erstellt (ZA-Studien-Nr. 2661). Wir haben diesen Datensatz um die Studie „Ansprüche der Bürger an den Staat“ (1986a) reduziert, um die Wahlstudie 1949 erweitert und mit dem ALLBUS 1994 und 1996 sowie den kumulierten Politbarometern der Jahre 1993 und 1995 fortgeschrieben. Alle verwendeten Datensätze sind für die über 18jährigen Einwohner der BRD repräsentativ und wurden durch standardisierte Face-to-face-Interviews erhoben. Eine Ausnahme hiervon stellen nur die kumulierten Politbarometer der Jahre 1991, 1992, 1993 und 1995 dar, die über telefonische Interviews erhoben wurden. Allen Studien, außer der Wahlstudie 1949 (Quota-Verfahren), liegt eine Zufallsstichprobe zugrunde.

3 Im Originaldatensatz von **Kohler** wurde diese Frage als Proxy für die Parteiidentifikation interpretiert und verwendet. Dies halten wir aber für unangemessen, da aus der Frageformulierung nicht hervorgeht, daß nach einer längerfristigen Bindung oder auch nur Orientierung gefragt wird. In den Jahren, in denen sowohl die klassische Sonntags- als auch die oben beschriebene Rangordnungsfrage erhoben wurde, zeigt sich ein überaus starker Zusammenhang zwischen diesen beiden Variablen, der es unserer Ansicht nach rechtfertigt, diese beiden Fragen als Operationalisierungen einer kurzfristigen Parteipräferenz aufzufassen.

Tab. 1: Übersicht über die verwendeten Studien im Gesamtdatensatz

Jahr	ZA-Nr.	Titel	N
1949	2324	Wahlstudie 1949	1000
1950			
1951			
1952			
1953	154	Bundesstudie	3246
1954	446	Politische Fragen	1727
1955	448	Politische Fragen	923
1956	450	Wirtschaftspolitische Fragen (B)	1463
1957	71	Internationale Beziehungen	1106
1958	438	Kommunikationsverhalten	1882
1959	593	Politische Einstellungen	1125
1960	2067	Internationale Beziehungen	1010
1961	55	Kölner Wahlstudie	1679
1962	2020	Internationale Beziehungen	1127
1963			
1964	64	Politische Einstellungen	1762
1965	556	Btw 1965 - Voruntersuchung	1411
1966			
1967	524	Politik in der BRD	1988
1968	310	Issue-Dimensionen & Wahlentscheidung	1913
1969	395	Issue-Dimensionen & Wahlentscheidung	1826
1970			
1971	839	Btw 1972 (Panel: 1.Welle)	6438
1972	631	Btw 1972 (1. Voruntersuchung)	1588
1973	1322	Länderstudie Herbst 1973	1770
1974	757	Politische Ideologie	2307
1975			
1976	861	ZUMABUS I	2036
1977	814	ZUMABUS II	2002
1978	1220	Politik in der BRD	2030
1979	1224	ZUMABUS III	2012
1980	1795	Kumulierter ALLBUS 1980-1990	2955
1981	2194	Kumulierte Politbarometer 1981	11694
1982	1795	Kumulierter ALLBUS 1980-1990	2991
1983	2209	Kumulierte Politbarometer 1983	10274
1984	1795	Kumulierter ALLBUS 1980-1990	3004
1985	1901	Kumulierte Politbarometer 1985	11475
1986	1795	Kumulierter ALLBUS 1980-1990	3095
1987	1899	Kumulierte Politbarometer 1987	11271
1988	1795	Kumulierter ALLBUS 1980-1990	3052
1989	1487	Ansprüche der Bürger an den Staat	1939
1990	1795	Kumulierter ALLBUS 1980-1990	3051
1991	2102	Kumulierte Politbarometer 1991	11268
1992	2275	Kumulierte Politbarometer 1992	11143
1993	2391	Kumulierte Politbarometer 1977-1995	11178
1994	1795	Kumulierter ALLBUS 1980-1996	2342
1995	2391	Kumulierte Politbarometer 1977-1995	11222
1996	1795	Kumulierter ALLBUS 1980-1996	2402

5 Empirische Befunde

5.1 Die Entwicklung der Wahlbereitschaft zugunsten der FDP

In Abbildung 3 ist die Entwicklung der in den von uns analysierten Umfragen bekundeten Bereitschaft zur Wahl der FDP zwischen 1949 und 1996 dargestellt, wobei - wie bei allen nachfolgenden Analysen auch - auf die *Wahlberechtigten* prozentuiert wurde. In die Abbildung ist außerdem die in Kapitel 2 entwickelte Phaseneinteilung der Geschichte der FDP eingetragen⁴, damit die in Kapitel 3 entwickelten Hypothesen über die Veränderung des FDP-Elektorates in verschiedenen Koalitionskontexten geprüft werden können. Wie in allen folgenden Grafiken auch, sind die Eintragungen jeweils dreigliedrige gleitende Mittelwerte, da wir weniger an kurzfristigen Schwankungen interessiert sind, die zudem zu einem nicht unerheblichen Teil auf Stichprobenschwankungen und Meßfehler zurückzuführen sein dürften, als vielmehr an mittel- und langfristigen Niveauverschiebungen.

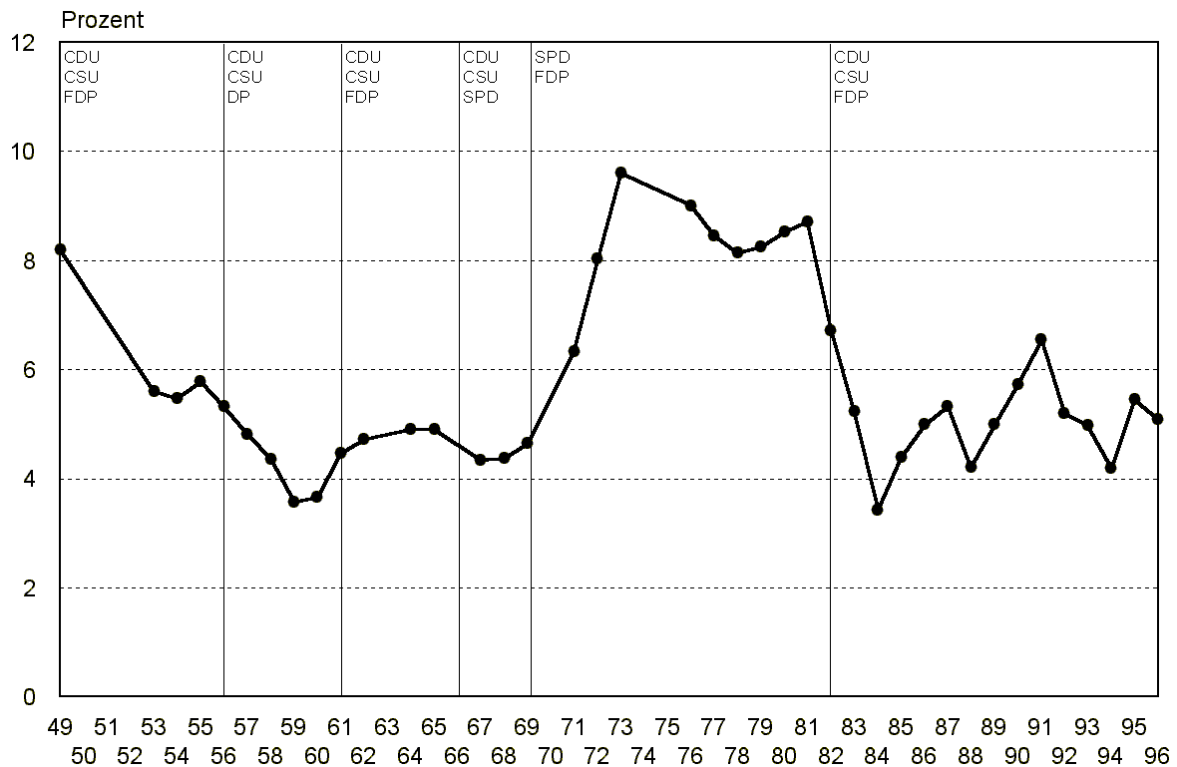
Es sei an dieser Stelle ausdrücklich darauf hingewiesen, daß wir nicht *reales Wahlverhalten*, sondern *hypothetische Wahlabsichten* untersuchen. Dies könnte eventuell zur Konsequenz haben, daß wir die Bedeutung der funktionalen Motive der FDP-Wahl im Rahmen unserer Analyse unterschätzen, da die Befragungspersonen in einer solchen „unverbindlichen“ Situation womöglich ihre von taktischen Überlegungen unbeeinflusste Parteipräferenz angeben, nicht aber die Wahlentscheidung, die sie in einer realen Wahlsituation treffen würden. Umgekehrt hat die Analyse von bekundeten Wahlabsichten gegenüber der Analyse realen Wahlverhaltens aber auch Vorteile: Die Wahlentscheidung zum Zeitpunkt der Bundestagswahl ist für die Wähler immer eine Entscheidung unter Unsicherheit. Sie können sich nicht sicher sein, inwieweit die von den Parteien vor der Wahl bekundeten Koalitionsabsichten von diesen nach der Wahl tatsächlich auch umgesetzt werden. Während der Legislaturperiode hingegen kennen die befragten Wahlberechtigten die Regierungskoalition sowie durch die Meinungsumfragen auch die zu erwartende Stärke der Parteien. Es könnte umgekehrt also auch so sein, daß taktischen Überlegungen bei bekundeten Wahlabsichten ein sehr viel größeres Gewicht zukommt.

Die Wahlbereitschaft zugunsten der FDP bewegt sich zumeist in einem Intervall zwischen 4 und 6 Prozent. Ausnahmen hiervon stellt zum einen das Jahr 1949 dar, das aber aufgrund des frühen Stadiums, in dem sich die deutsche Umfrageforschung zu diesem Zeitpunkt befand, nicht überbewertet werden sollte. Zum zweiten fällt auf, daß die FDP in der Phase der sozial-liberalen Koalition erheblich mehr bekundete Wahlabsichten auf sich ziehen

4 Da jeweils nur eine Umfrage pro Jahr zur Verfügung steht, wurde immer das auf ein bestimmtes Ereignis folgende Jahr der nächsten Phase zugeschlagen. Das Jahr 1982 wurde beispielsweise noch der sozial-liberalen Koalition zugerechnet, das Jahr 1983 dann der bürgerlich-liberalen Koalition, obgleich der Koalitionswechsel 1982 erfolgte. Nach diesem Schema wurde bei allen Phasenübergängen verfahren.

konnte als in allen anderen Phasen der FDP-Geschichte. Hier lag sie ab 1972 bei einem Stimmenanteil von über 8 Prozent.

Abb. 3: Die Entwicklung der Wahlabsicht zugunsten der FDP
Bundesrepublik Deutschland (alte Bundesländer) 1949-1996

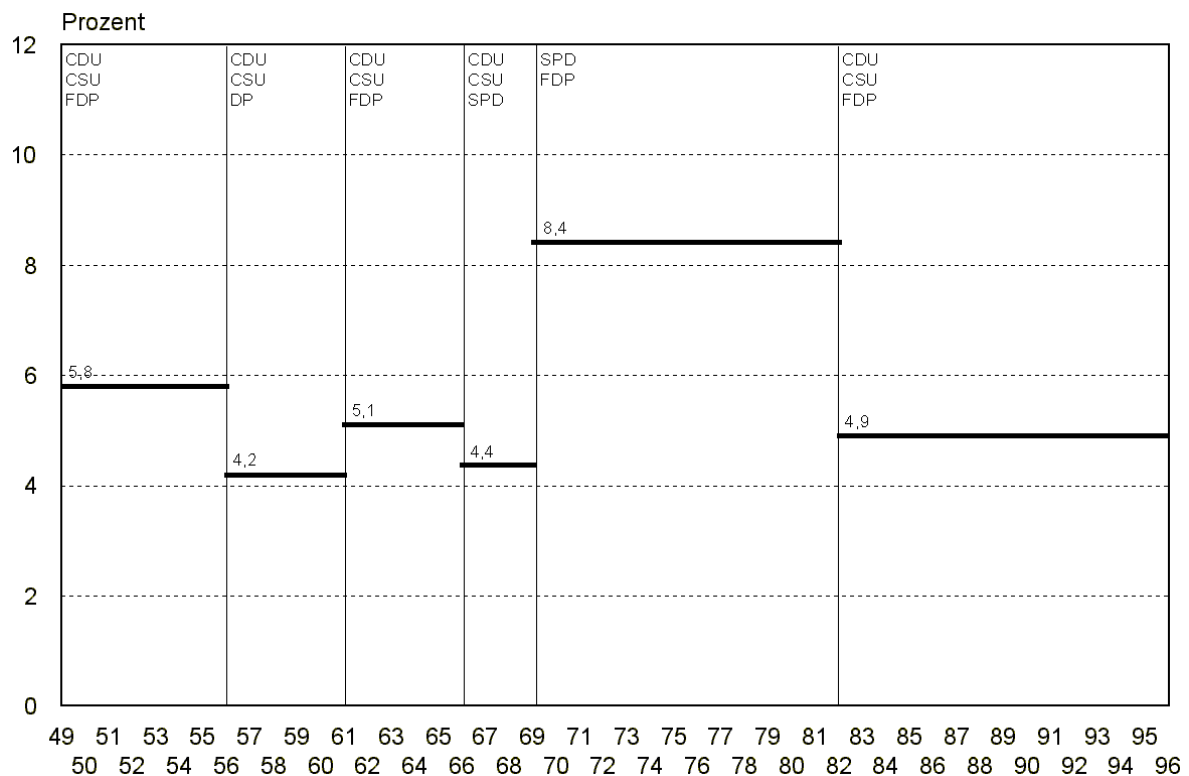


Anmerkung: Eintragungen sind dreigliedrige gleitende Mittel.

Um die Hypothese H_1 in einer ersten Annäherung testen zu können, haben wir in Abbildung 4 für alle sechs von uns unterschiedenen Phasen den durchschnittlichen Stimmenanteil der FDP berechnet. Vergleicht man nun diese Mittelwerte der verschiedenen Phasen, so wird zunächst deutlich, daß die FDP immer dann, wenn sie in der Opposition war, den niedrigsten Zuspruch fand (4,2 bzw. 4,4%). In den Phasen, in denen die FDP an der Regierung beteiligt war, schnitt sie dagegen besser ab: Während der drei bürgerlichen Koalitionen erreichte sie 5,8%, 5,1% und schließlich 4,9%. Am besten schnitt die FDP aber während der Phase der sozial-liberalen Koalition ab. Hier bekundeten im Durchschnitt der Jahre 8,4% der Wahlberechtigten eine Wahlabsicht zugunsten der FDP. Der nochmals höhere Stimmenanteil der FDP während der Phase der sozial-liberalen Koalition könnte dabei darauf zurückzuführen sein, daß sich die FDP während dieser Zeit auch in der Rolle einer „Pivotal Party“ befand. Um den Einfluß der Regierungszugehörigkeit und der Stellung als „Pivotal Party“ gleichzeitig analysieren zu können, haben wir ein einfaches Regressionsmodell geschätzt, das im folgenden diskutiert werden soll.

Abb. 4: Die Wahlabsicht zugunsten der FDP in den verschiedenen Phasen der FDP-Geschichte

Bundesrepublik Deutschland (alte Bundesländer) 1949-1996



Anmerkung: Die Phasenmittelwerte wurden aus den jährlichen Anteilswerten der FDP berechnet und nicht auf der Grundlage der über die Phasen hinweg kumulierten Datensätze. Auf diese Art und Weise ist sichergestellt, daß keine Verzerrungen durch die über die Jahre hinweg schwankenden Stichprobengrößen entstehen.

Als abhängige Variable des linearen Regressionsmodells wurden die Anteilswerte der FDP zu den 40 verfügbaren Meßzeitpunkten genommen. Für jedes Jahr wurden außerdem zwei Dummy-Variablen spezifiziert. Die erste Dummy-Variable wies den Wert 1 auf, wenn die FDP im betreffenden Jahr an der Bundesregierung beteiligt war, andernfalls den Wert 0. Die zweite Dummy-Variable wies den Wert 1 auf, wenn sich die FDP im betreffenden Jahr in der Rolle einer „Pivotal Party“ befand, andernfalls den Wert 0 (vgl. hierzu Abb. 2). Die in Tabelle 2 dokumentierten Ergebnisse dieses Modells zeigen zunächst, daß beide genannten Prädiktoren einen signifikanten Einfluß auf den FDP-Stimmenanteil ausüben. Die beiden Hypothesen H_1 und H_2 können folglich als bestätigt angesehen werden. Die FDP kann nach diesem Modell einen Grundsockel von 3,6% der Stimmen für sich verbuchen, wenn sie weder in der Regierung noch in der Rolle einer „Pivotal Party“ ist. Ist die FDP an der Regierung beteiligt, so erhöht sich ihr Stimmenanteil um 1,8 Prozentpunkte; befindet sie sich in der Rolle einer „Pivotal Party“, so steigt ihr Stimmenanteil um weitere 1,7 Prozentpunkte. Das Regressionsmodell erklärt insgesamt 27% der Varianz des FDP-Stimmenanteils. Einen substantiellen Teil der Schwankungen in der FDP-Wahlabsicht läßt das Mo-

dell also unerklärt. Betrachtet man sich die Residuen des Regressionsmodells genauer, so erhält man auch erste Hinweise darauf, wo die Grenzen des Modells liegen: Während der Phase der sozial-liberalen Koalition sagt das Modell für jedes Jahr einen durchschnittlichen Stimmenanteil von 7,1% der Stimmen voraus. Tatsächlich liegt der durchschnittliche beobachtete FDP-Stimmenanteil aber bei 8,4% (vgl. Abb. 4). Umgekehrt würde das Modell für die bürgerlich-liberale Koalition der Jahre 1961-1966 ebenfalls einen Stimmenanteil von 7,1% vorhersagen. Tatsächlich erreicht die FDP während dieser Zeit im Jahresdurchschnitt aber nur 5,1% der Stimmen. Offensichtlich liegt der Stimmenanteil der FDP während einer sozial-liberalen Koalition also noch einmal systematisch höher als während einer bürgerlichen Koalition, selbst wenn man den Einfluß der Stellung als „Pivotal Party“ kontrolliert. Warum dem so ist, wird im folgenden Abschnitt klar werden.

Tab. 2: Regression der FDP-Stimmenanteile auf die Dummy-Variablen „Regierungszugehörigkeit“ und „Stellung als Pivotal Party“
Bundesrepublik Deutschland (alte Bundesländer) 1949-1996

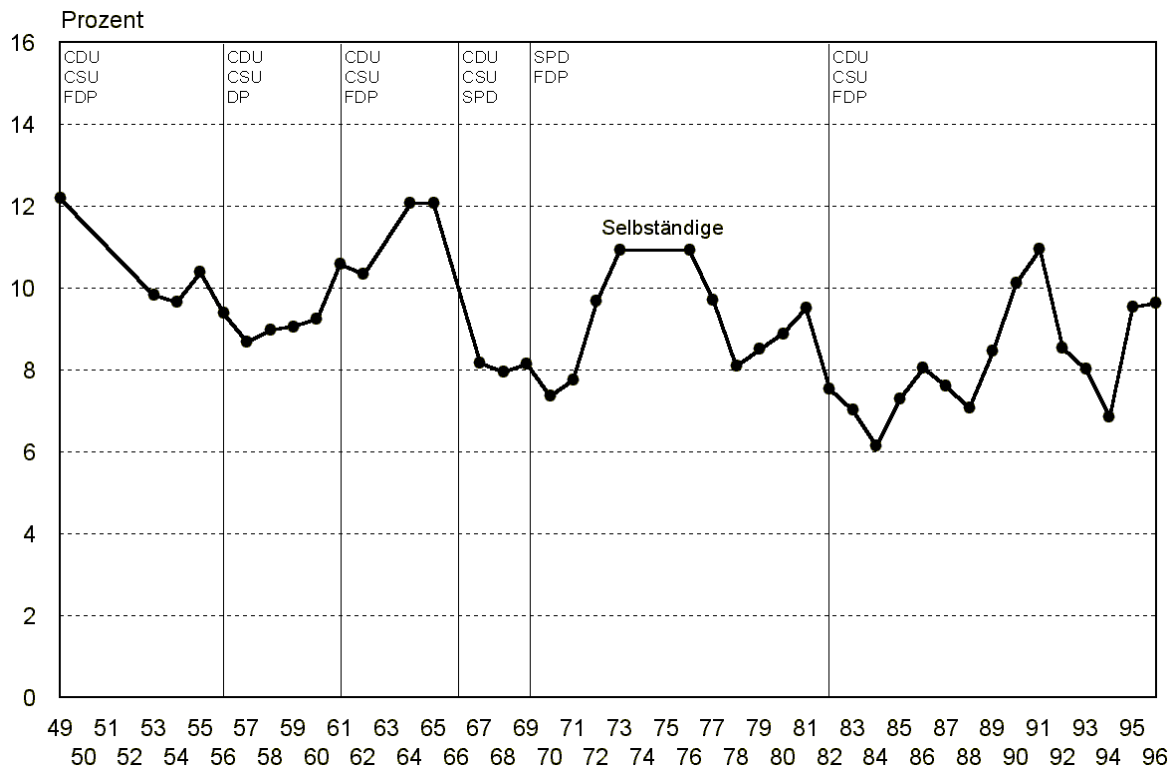
	b	se	beta	t	sign
Regressionskonstante	0,036	0,007		4,987	,000
Regierungszugehörigkeit der FDP	0,018	0,008	0,327	2,317	,026
Stellung der FDP als „Pivotal Party“	0,017	0,006	0,381	2,699	,010

N=40; $R^2=0,27$

5.2 Die Affinität der verschiedenen sozialen Gruppen zur Wahl der FDP

Der Befund, daß die FDP in der Phase der sozial-liberalen Koalition deutlich mehr Stimmen auf sich ziehen konnte als in den Phasen bürgerlicher Koalitionen, könnte unter Rückgriff auf H_3 durch eine jeweils unterschiedliche sozialstrukturelle Komposition der FDP-Wählerschaft erklärt werden. Womöglich ist der FDP also in der Phase der sozial-liberalen Koalition der Einbruch in Wählerschichten gelungen, die ihr zuvor und danach eher verschlossen blieben. In den Abbildungen 5 und 6 ist daher die Bereitschaft zur Wahl der FDP in drei wichtigen Bevölkerungsgruppen dargestellt: unter den Selbständigen, den Angestellten und Beamten sowie den Arbeitern. Betrachtet man zunächst die Gruppe der Selbständigen (Abb. 5), so zeigt sich, daß die Bereitschaft dieser Gruppe zur Wahl der FDP zwar schwankt und über die Zeit einen leichten Abwärtstrend aufweist, es lassen sich aber keine erkennbaren phasenspezifischen Unterschiede ausmachen. Die Selbständigen haben im Zeitverlauf vielmehr eine relativ unveränderte Affinität zur FDP.

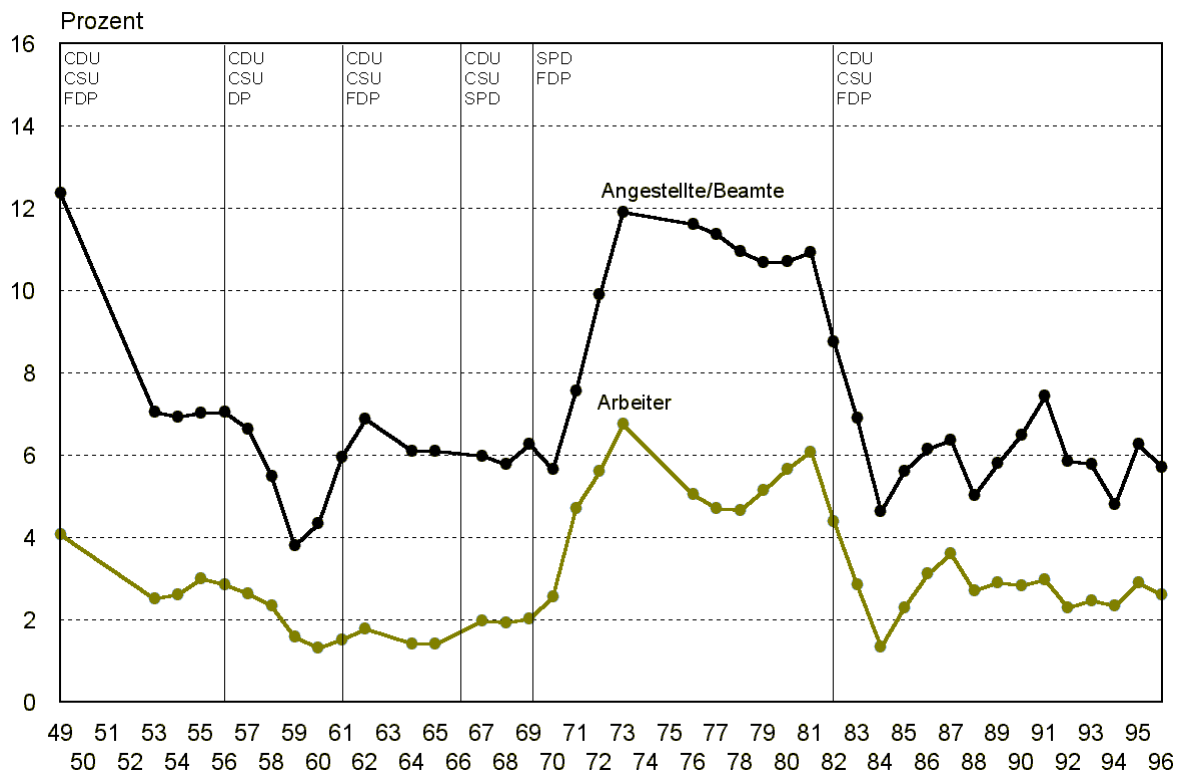
Abb. 5: Die Bereitschaft zur Wahl der FDP in der Gruppe der Selbständigen
Bundesrepublik Deutschland (alte Bundesländer) 1949-1996



Anmerkung: Eintragungen sind dreigliedrige gleitende Mittel.

Anders ist die Situation hingegen bei den Angestellten bzw. Beamten sowie den Arbeitern. Wie Abb. 6 zeigt, steigt die Bereitschaft dieser Berufsgruppen zur Wahl der FDP in der Phase der sozial-liberalen Koalition deutlich an, um dann nach der „Wende“ der Jahre 1982/83 wieder erkennbar abzusinken. Diese Beobachtung bestätigt die Hypothese H₃, welche postuliert, daß die Affinität der verschiedenen sozialstrukturellen Gruppen zur FDP in Abhängigkeit von der jeweiligen Koalitionszugehörigkeit deutlich variiert. In der Phase der sozial-liberalen Koalition erhöht sich im Neuen Mittelstand sowie bei den Arbeitern, also in Bevölkerungsgruppen, die in dieser Zeit eher der SPD zugeneigt waren, die Bereitschaft zur Wahl der FDP deutlich. Man kann vermuten, daß für diese Bevölkerungsgruppen die unter 3.2 beschriebenen Funktionswählermotive eine ausschlaggebende Rolle spielen, ihre Stimme nun der FDP zu geben.

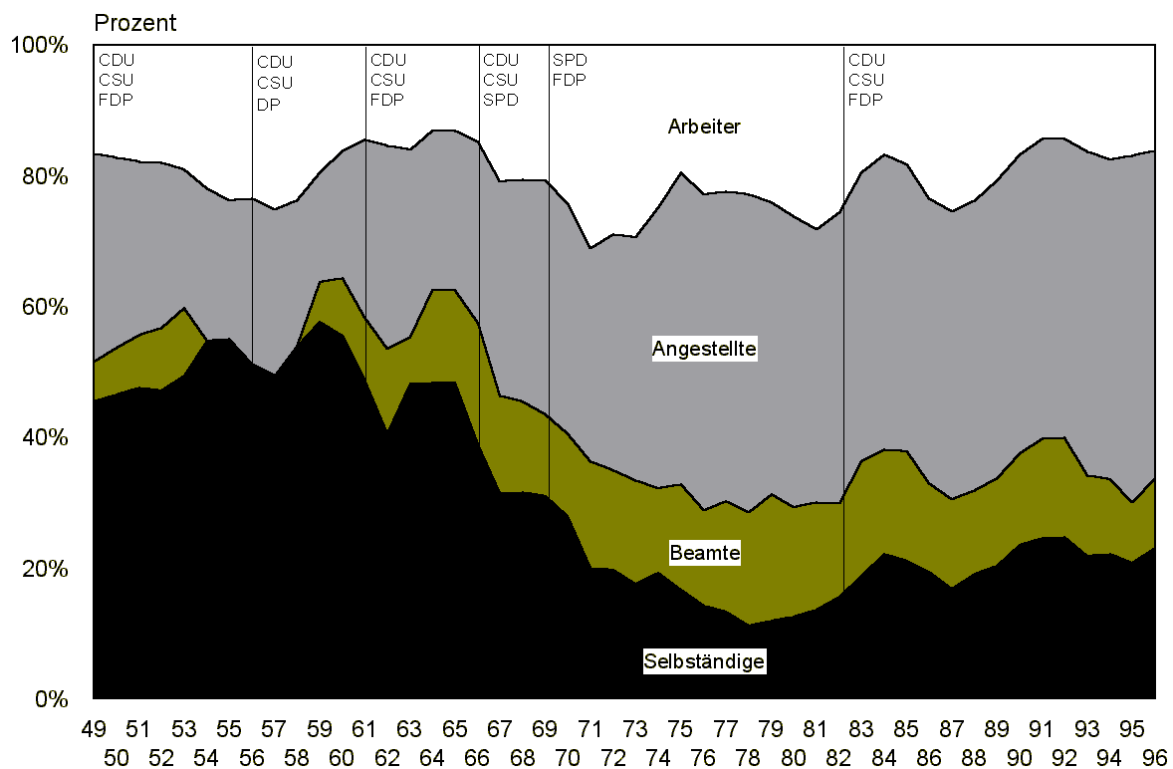
Abb. 6: Die Bereitschaft zur Wahl der FDP in der Gruppe der Angestellten/Beamten sowie der Arbeiter Bundesrepublik Deutschland (alte Bundesländer) 1949-1996



Anmerkung: Eintragungen sind dreigliedrige gleitende Mittel.

Die nach der Wende rückläufige Bereitschaft zur Wahl der FDP in der Gruppe der Angestellten und Beamten steht nicht im Widerspruch zum oben referierten Befund aus der Literatur, daß sich die Wählerschaft der FDP in den letzten Jahren schwerpunktmäßig aus Angehörigen des Neuen Mittelstandes zusammensetzt. Abb.7 zeigt die Entwicklung der berufsstrukturellen Zusammensetzung der FDP-Wählerschaft über den Zeitraum 1949 bis 1996. Es zeigt sich, daß die Wählerschaft der FDP bis in die Mitte der sechziger Jahre hinein knapp zur Hälfte aus Angehörigen des alten Mittelstandes der Freiberufler und Selbständigen bestand. Beginnend mit der Phase der Großen Koalition und besonders stark während der Phase der sozial-liberalen Koalition ging der Anteil der Selbständigen an den FDP-Wählern aber auf knapp 10% zu Beginn der 80er Jahre zurück. Gleichzeitig stieg der Anteil der Angestellten bzw. Beamten sowie der Arbeiter deutlich erkennbar an. Nach der Wende stieg der Anteil der Selbständigen unter den Wählern der Liberalen zwar wieder auf knapp 20% an, und der Anteil der Arbeiter ging leicht zurück, doch besteht das FDP-Elektorat auch weiterhin zu gut zwei Dritteln aus Angehörigen des Neuen Mittelstandes.

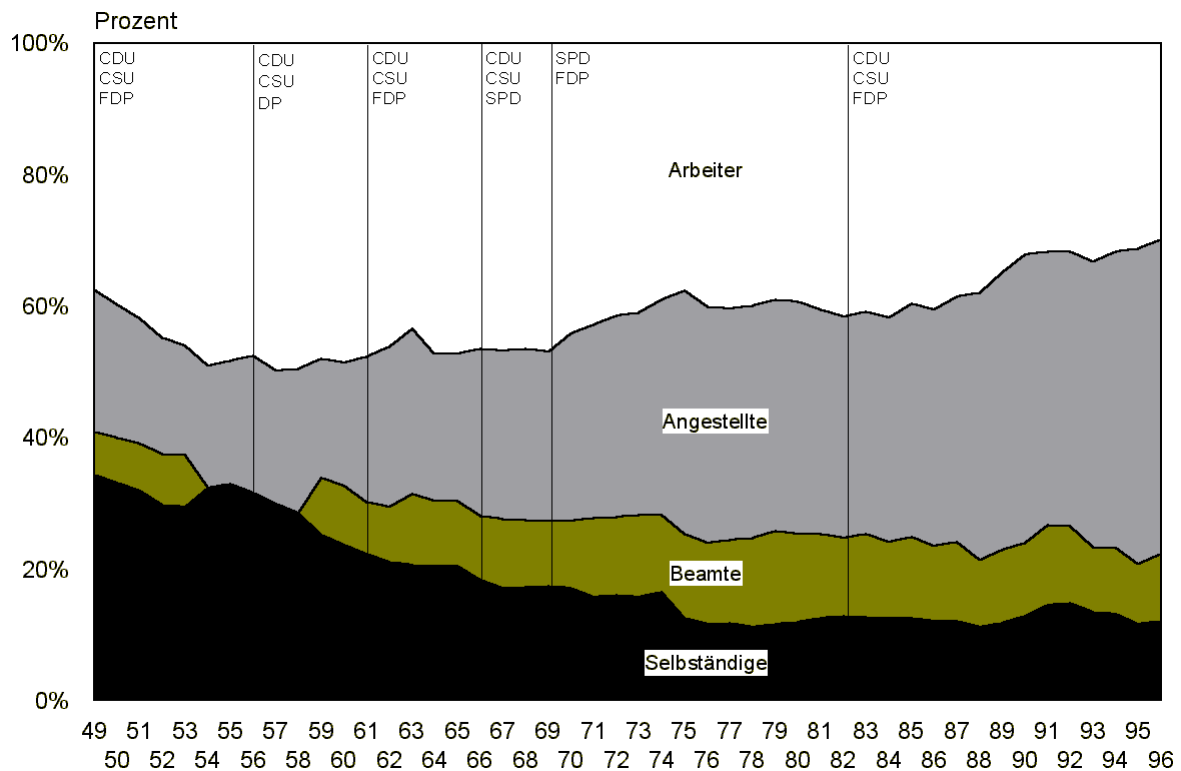
Abb. 7: Die Zusammensetzung der FDP-Wählerschaft aus den unterschiedlichen Berufsgruppen
Bundesrepublik Deutschland (alte Bundesländer) 1949-1996



Anmerkung: Eintragungen sind dreigliedrige gleitende Mittel. In den Datensätzen der Jahre 1954 bis 1958 wurden die Beamten als Untergruppe der Angestellten vercodet.

Die eben diskutierten Befunde scheinen zunächst den in Abbildung 6 dokumentierten Trends zu widersprechen. Betrachtet man allerdings zum Vergleich den allgemeinen Entwicklungstrend der berufsstrukturellen Zusammensetzung *aller* Wahlberechtigten (Abb. 8), so zeigt sich, daß kein Widerspruch existiert. Der Anteil der Selbständigen an der wahlberechtigten Gesamtbevölkerung ging zwischen 1949 und 1996 von 35% auf knapp 10% zurück. Diejenige Bevölkerungsgruppe also, in der die FDP zu jedem Zeitpunkt und in jeder Koalitionskonstellation stabile Stimmenanteile erzielen kann, verliert quantitativ immer mehr an Bedeutung. Der Anteil der Selbständigen an den FDP-Wählern muß folglich schon aus diesem Grund sinken. Gleichzeitig steigt der Anteil der Angestellten bzw. Beamten an allen Wahlberechtigten deutlich an. 1949 betrug dieser Anteil noch knapp 25%, 1996 lag er bereits bei gut 60%. Die während der sozial-liberalen Koalition angestiegene Affinität dieses Bevölkerungssegments zur FDP hat folglich zusammen mit ihrem wachsenden Bevölkerungsanteil dazu geführt, daß der Anteil der Angestellten und Beamten an den Wählern der FDP rapide angestiegen ist. Die nach der „Wende“ rückläufige Bereitschaft des Neuen Mittelstandes zur Wahl der FDP führt nun nicht mehr dazu, daß die

Abb. 8: Die Zusammensetzung der wahlberechtigten Bevölkerung aus den unterschiedlichen Berufsgruppen
Bundesrepublik Deutschland (alte Bundesländer) 1949-1996

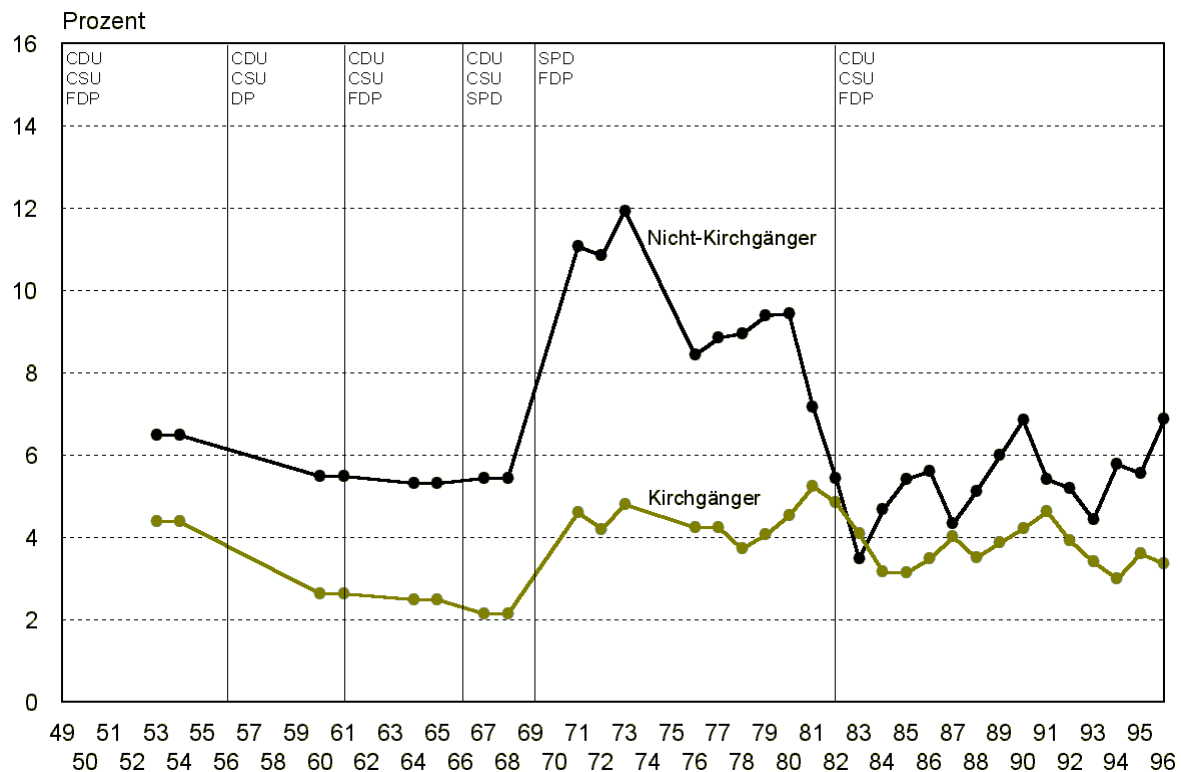


Anmerkung: Eintragungen sind dreigliedrige gleitende Mittel. In den Datensätzen der Jahre 1954 bis 1958 wurden die Beamten als Untergruppe der Angestellten vercodet.

FDP sich wieder zu einer „Selbständigenpartei“ entwickelt, da der Anteil der Angehörigen des Neuen Mittelstandes an der Gesamtbevölkerung nunmehr so groß ist, daß selbst unterdurchschnittliche Stimmenanteile der FDP in diesem Wählersegment dazu führen, daß diese Berufsgruppe die Mehrheit der FDP-Wähler stellt.

Als weiterer Beleg für die Hypothese H_3 kann außerdem Abb. 9 dienen. Sie zeigt, daß mit der Kirchenbindung auch die Wirkung eines Prädiktors, der normalerweise mit der Wahlbereitschaft zugunsten der CDU in Beziehung steht, systematisch mit der Koalitionszugehörigkeit der liberalen Partei variiert. Befindet sich die FDP in einer Koalition mit der CDU, so liegt die Wahlbereitschaft innerhalb der Gruppe der Nicht-Kirchgänger erheblich niedriger als in der Phase der sozial-liberalen Koalition; innerhalb der Gruppe der Kirchgänger hingegen bleibt der FDP-Stimmenanteil auf einem relativ konstanten Niveau. Es ist also nicht so, daß kirchengebundene Wahlberechtigte plötzlich zur Wahl der FDP neigen, wenn diese sich in einer Koalition mit der CDU befindet, vielmehr wird die traditionelle Affinität der antiklerikalen Bevölkerungsschichten zur FDP in diesen Phasen deutlich abgeschwächt.

Abb. 9: Die Bereitschaft zur Wahl der FDP unter Kirchgängern und Nicht-Kirchgängern
Bundesrepublik Deutschland (alte Bundesländer) 1949-1996



Anmerkung: Eintragungen sind dreigliedrige gleitende Mittel.

Nachdem wir nun mit der Berufsgruppenzugehörigkeit und der Kirchenbindung zwei sozialstrukturelle Determinanten der FDP-Wahl und ihren sich in unterschiedlichen Koalitionskontexten wandelnden Einfluß ausführlich untersucht haben, sollen am Schluß dieses Abschnitts noch einige weitere sozialstrukturelle Einflußgrößen untersucht werden. Tabelle 3 liefert einen zusammenfassenden Überblick über die Bereitschaft verschiedener sozialstruktureller Gruppen zur Wahl der FDP.⁵ Die wichtigsten Befunde seien im folgenden kurz zusammengefaßt: Männer besitzen zu allen Zeitpunkten eine größere Affinität zur Wahl der FDP als Frauen. Betrachtet man den Einfluß der Alters, so zeigt sich, daß die Bereitschaft zur Wahl der FDP in den mittleren Altersgruppen am größten ist. Dies ändert sich nur in der Phase der sozial-liberalen Koalition, während der sich die Bereitschaft jüngerer Wahlberechtigter zur Wahl der FDP leicht erhöht. Die Bildung weist durchgängig

5 Die in dieser Tabelle für die einzelnen Phasen ausgewiesenen Gesamtanteils- und Mittelwerte stimmen mit denen in Abb. 4 nicht überein, da in Tabelle 5 nicht der Mittelwert über die Anteilswerte der einzelnen Jahre berechnet wurde, sondern der Mittelwert aus den über die gesamte Phase hinweg kumulierten Einzeldatensätzen. Die in Tabelle 5 ausgewiesenen Mittelwerte sind daher durch die unterschiedlichen Stichprobengrößen der einzelnen Teildatensätze verzerrt.

einen stark positiven Effekt auf: Je höher die formale Bildung, desto größer ist die Bereitschaft zur Wahl der FDP. Den Einfluß der Berufsgruppenzugehörigkeit haben wir oben bereits diskutiert, in Tabelle 3 ist er in etwas differenzierterer Form noch einmal dokumentiert. Hinsichtlich der Gewerkschaftsmitgliedschaft gilt, daß Personen, die keiner Gewerkschaft angehören, eine erkennbar höhere Neigung haben, FDP zu wählen als Personen, die Mitglied einer Gewerkschaft sind. Dies ändert sich nur in der Phase der sozial-liberalen Koalition. Während dieser Zeit unterscheiden sich die beiden Gruppen kaum. Darüber hinaus gilt, daß Protestanten und Konfessionslose eher geneigt sind, FDP zu wählen als Katholiken. Dieser Zusammenhang schwächt sich aber über die Zeit hinweg ab. Hinsichtlich des Haushaltsnettoeinkommens schließlich zeigt sich ein konstanter positiver Effekt: je höher das Einkommen, desto höher auch die Bereitschaft zur Wahl der FDP.

Um die Implikationen der Hypothese H_4 testen zu können, haben wir darüber hinaus auch noch für jede Phase ein multivariates Modell der Determinanten der FDP-Wahl geschätzt, in das alle eben betrachteten sozialstrukturellen Faktoren (mit Ausnahme der Gewerkschaftsmitgliedschaft⁶) eingingen. Da es sich bei den Prädiktoren ausnahmslos um kategoriale bzw. im Falle des Alters und des Einkommens um kategorial recodierte metrische Variablen handelt, haben wir uns eines varianzanalytischen Verfahrens, der sog. *Multiplen Klassifikationsanalyse* bedient. In Tabelle 4 sind die Ergebnisse dieser Modelle dokumentiert. Als erklärungskräftigste Prädiktoren erweisen sich die formale Bildung, die Berufsgruppenzugehörigkeit sowie die Konfession. Nach Kontrolle dieser Faktoren weist das Haushaltsnettoeinkommen nur noch einen eher schwachen Effekt auf, der zudem nicht immer signifikant ist. Allerdings ist der Effekt der genannten Prädiktoren über die Zeit hinweg rückläufig, die Erklärungskraft des Gesamtmodells sinkt dementsprechend von 6 auf 2%. Der deutlichste Rückgang erfolgt dabei während der Phase der Großen Koalition, in der die FDP sich erkennbar auf eine Koalition mit der SPD auszurichten begann. Vergleicht man die Erklärungskraft dieser Modelle mit entsprechenden Modellen zur Erklärung der CDU- und der SPD-Wahl, so zeigt sich, daß man mit einem solchen sozialstrukturellen Modell die Wahl dieser beiden Parteien deutlich besser vorhersagen kann. Das R^2 dieser Modelle liegt in jeder Phase über dem des jeweiligen FDP-Modells. Auch dies kann als Beleg dafür gewertet werden, daß es sich bei den Wählern der FDP nicht um eine deutlich konturierte sozialstrukturelle Gruppe, sondern in großem Maße um taktisch motivierte Funktionswähler handelt. Hypothese H_4 wird also durch die Daten tendenziell bestätigt.

6 Die Gewerkschaftsmitgliedschaft konnte nicht berücksichtigt werden, da sie in der zweiten Phase (CDU/DP) nur in einem Jahr erhoben wurde und aufgrund des Fehlens einiger anderer Variablen in genau diesem Jahr das Schätzen eines Modells nicht mehr möglich war.

Tab. 3: Die Bereitschaft zur Wahl der FDP in den verschiedenen sozialen Gruppen in Abhängigkeit von der Koalitionszugehörigkeit der FDP
Bundesrepublik Deutschland (alte Bundesländer) 1949-1996

	Regierungskoalition auf Bundesebene					
	CDU / FDP I	CDU / DP	CDU / FDP II	CDU / SPD	SPD / FDP	CDU / FDP III
	(49-56)	(57-61)	(62-66)	(67-69)	(70-82)	(83-96)
Insgesamt	5,3	4,1	5,0	4,4	7,9	4,6
Geschlecht						
Frauen	4,8	3,4	4,3	3,9	7,7	4,4
Männer	5,9	5,0	6,0	4,9	8,2	4,8
Alter						
18-24 Jahre	4,2	2,9	2,9	4,6	8,8	4,4
25-34 Jahre	5,6	3,6	5,2	5,1	9,2	4,2
35-49 Jahre	5,7	5,4	5,7	4,3	8,8	5,4
50-64 Jahre	5,3	4,1	5,0	4,2	7,5	4,6
Älter als 65 Jahre	4,9	3,5	3,9	4,3	5,5	4,1
Formale Bildung						
Hauptschule	3,6	2,9	3,7	3,0	6,0	3,0
Realschule	11,7	9,8	10,4	8,1	11,4	5,4
Abitur	12,6	8,3	9,7	10,3	11,6	7,1
Studium	19,4	12,9	19,3	11,6	14,0	8,6
Berufsgruppe						
Selbständige Landwirte	5,4	5,9	9,3	5,7	5,2	4,6
Selbständige	11,6	10,7	14,1	9,1	10,0	8,5
Beamte	5,2	4,6	6,8	5,8	10,2	5,7
Angestellte	7,1	5,9	5,9	5,7	10,4	5,4
Arbeiter	2,3	1,9	1,6	1,9	5,2	2,3
Gewerkschaftsmitglied						
Nein	5,3	4,0	5,6	4,5	8,1	5,1
Ja	2,6	2,3	1,6	2,3	7,4	2,6
Konfessionszugehörigkeit						
Protestantisch	7,3	5,2	6,5	5,5	9,5	5,2
Katholisch	2,6	1,6	3,0	2,7	5,7	3,9
Keine	6,3	5,8	5,8	-	10,1	4,7
regelmäßiger Kirchgänger						
Nein	5,7	5,1	6,0	5,1	8,7	4,8
Ja	3,9	3,5	2,5	3,6	4,6	3,5
Haushaltsnettoeinkommen						
1. Quintil	2,9	1,7	2,3	2,9	4,9	3,7
2. Quintil	3,9	2,7	2,9	2,4	5,9	5,0
3. Quintil	2,6	3,0	2,8	3,8	6,9	5,2
4. Quintil	5,1	3,6	4,8	4,7	8,4	5,9
5. Quintil	11,3	6,2	9,8	6,2	11,8	9,8

Tab. 4: Der Einfluß sozialstruktureller Variablen auf die Bereitschaft zur Wahl der FDP in Abhängigkeit von der Koalitionszugehörigkeit der FDP
- Ergebnisse Multipler Klassifikationsanalysen -
Bundesrepublik Deutschland (alte Bundesländer) 1949-1996

	Regierungskoalition auf Bundesebene					
	CDU / FDP I	CDU / DP	CDU / FDP II	CDU / SPD	SPD / FDP	CDU / FDP III
	(49-56)	(57-61)	(62-66)	(67-69)	(70-82)	(83-96)
<i>Betas der Prädiktoren:</i>						
Geschlecht	,02*	,02	,02	,02	,00	,01
Alter	,02	,02	,06	,02	,02**	,04
Formale Bildung	,11**	,10**	,10**	,10**	,07**	,07**
Berufsgruppe	,09**	,17**	,17**	,09**	,05**	,06**
Konfessionszugehörigkeit	,09**	,11**	,04*	,07**	,06**	,03*
Regelmäßiger Kirchgänger	,00	,01	,06*	,03	,04**	,03*
Haushaltsnettoeinkommen	,12**	,03	,05	,02	,05**	,06**
R ²	,06**	,06**	,07**	,03**	,02**	,02**
<i>Zum Vergleich:</i>						
R ² eines CDU-Modells	,09**	,14**	,14**	,08**	,12**	,10**
R ² eines SPD-Modells	,10**	,11**	,18**	,09**	,09**	,05**

** p=.001 * p=.01

5.3 Die affektiven Bindungen der FDP-Wähler

Hypothese H₅ formuliert die Erwartung, daß immer dann, wenn sich die FDP in einer Koalition befindet, ein gewisser Teil ihrer Wähler sich nicht mit der FDP, sondern mit ihrem jeweiligen Koalitionspartner identifiziert. Tabelle 5 kann Aufschluß darüber geben, inwieweit sich diese theoretische Erwartung mit der empirischen Realität deckt. Die Tabelle deckt neben einer Oppositionsphase zwei Koalitionsphasen mit wechselnden Bündnispartnern ab, so daß der Test der genannten Hypothese möglich ist. Ersichtlich ist zunächst, daß sich in der Oppositionsphase 1967-1969 unter den Wählern der FDP kaum Personen mit einer affektiven Parteibindung an die CDU (1,3%) oder die SPD (3,9%) befanden. Dieser Befund ist hypothesenkonform. In den beiden Koalitionsphasen hingegen läßt sich jeweils ein deutlich höherer Anteil von FDP-Wählern mit affektiver Bindung an eine dieser beiden

Parteien beobachten. So wiesen in der sozial-liberalen Koalition 13,6% des FDP-Elektorates eine langfristige Parteiidentifikation zugunsten der SPD auf, und während der bürgerlichen Koalition der Jahre 1983-1996 betrug der Anteil der langfristig an die CDU gebundenen FDP-Wähler immerhin knapp 10%. Vergleicht man diese Anteile mit dem entsprechenden Anteil der CDU/CSU- bzw. SPD-Wähler, die eine langfristige Parteiidentifikation zugunsten einer anderen als der von ihnen gewählten Partei aufweisen, so zeigt sich, daß letztgenannte Anteile mit ca. 2-3% deutlich niedriger liegen. Auch diese Befunde stützen die Hypothese H₄.

In Hypothese H₆ wurde die Erwartung formuliert, daß aufgrund der in 3.2.2 beschriebenen Korrekturfunktion der FDP der Anteil der Parteiungebundenen unter den Wählern der FDP höher sein sollte als unter den Wählern anderer Parteien. Tabelle 5 bestätigt diese Hypothese, da der Anteil der Wähler ohne Parteiidentifikation unter den Wählern der großen Parteien durchgängig um ca. 10 Prozentpunkte niedriger liegt als unter den Wählern der FDP.

Nimmt man die durch die beiden Hypothesen H₅ und H₆ beschriebenen Mechanismen zusammen, so läßt sich außerdem die Erwartung formulieren, daß der Anteil der Wähler der FDP mit einer Parteiidentifikation zugunsten der FDP deutlich niedriger liegt als der entsprechende Anteil unter den Wählern der CDU/CSU und der SPD. Und tatsächlich läßt sich in Tabelle 5 in jeder der betrachteten Phasen der erwartete Unterschied beobachten, wobei sich dieser jeweils in einer Größenordnung von ca. 20-25 Prozentpunkten bewegt.

Etwas überraschend ist die Tatsache, daß in der Oppositionsphase der Jahre 1967-1969 der Anteil der an die FDP gebundenen Wähler der FDP deutlich niedriger ist als in Phasen einer Regierungsbeteiligung. Man hätte mit einiger Berechtigung erwarten können, daß dieser Anteil höher liegt, wenn die Partei für Funktionswähler aufgrund fehlender Regierungsbeteiligung weniger attraktiv ist und vermeintlich auf ihre Kernklientel zusammenschrumpft. Hier lassen sich zwei mögliche theoretische Erklärungen anführen: Zum einen handelt es sich bei den Jahren 1967-1969 um die Phase der Großen Koalition, in der die FDP die *einzig*e Oppositionspartei war und deshalb womöglich eine große Zahl von parteiungebundenen Protestwählern auf sich zog. Das zweite theoretische Argument knüpft an die Aussage von **Vorländer** (1990:272) an, daß es sich bei der FDP um eine Partei „sui generis“ handelt, die über keinen stabilen sozialstrukturellen Rückhalt verfügt. Dies würde implizieren, daß sich selbst affektive Bindungen an die FDP über funktionale Motive etablieren und dementsprechend mit dem Ausscheiden der FDP aus der Regierung nicht nur die Wahlabsicht zugunsten der FDP rückläufig ist, sondern auch der Anteil der Personen mit einer Parteiidentifikation zugunsten der FDP zurückgeht. Ein empirischer Test dieser beiden Erklärungsansätze ist mit unseren Daten nicht möglich. Wenn wirklich die erste Erklärung zutreffen würde, so hätte man in dieser Phase aber sicherlich einen höheren FDP-Stimmenanteil erwarten können als die 4,4%, die wir in unseren Daten ermitteln.

Tab. 5: Die affektiven Parteibindungen der Wähler der FDP, der CDU/CSU sowie der FDP in Abhängigkeit von der Koalitionszugehörigkeit der FDP Bundesrepublik Deutschland (alte Bundesländer) 1967-1996

	Regierungskoalition auf Bundesebene					
	CDU / FDP I (49-56)	CDU / DP (57-61)	CDU / FDP II (62-66)	CDU / SPD (67-69)	SPD / FDP (70-82)	CDU / FDP III (83-96)
FDP Wähler nach Parteiidentifikation						
FDP	-	-	-	35,5	43,7	45,9
CDU/CSU	-	-	-	1,3	3,3	9,9
SPD	-	-	-	3,9	13,6	5,0
keine/andere, weiß nicht	-	-	-	<u>59,2</u>	<u>39,4</u>	<u>39,2</u>
				100,0	100,0	100,0
CDU/CSU Wähler nach Parteiidentifikation						
FDP	-	-	-	0,7	0,7	0,8
CDU/CSU	-	-	-	61,4	63,8	72,9
SPD	-	-	-	0,7	2,3	1,5
keine/andere, weiß nicht	-	-	-	<u>37,2</u>	<u>33,2</u>	<u>24,8</u>
				100,0	100,0	100,0
SPD Wähler nach Parteiidentifikation						
FDP	-	-	-	0,3	0,9	0,4
CDU/CSU	-	-	-	2,0	1,3	2,2
SPD	-	-	-	66,8	68,5	70,4
keine/andere, weiß nicht	-	-	-	<u>30,9</u>	<u>29,3</u>	<u>27,0</u>
				100,0	100,0	100,0

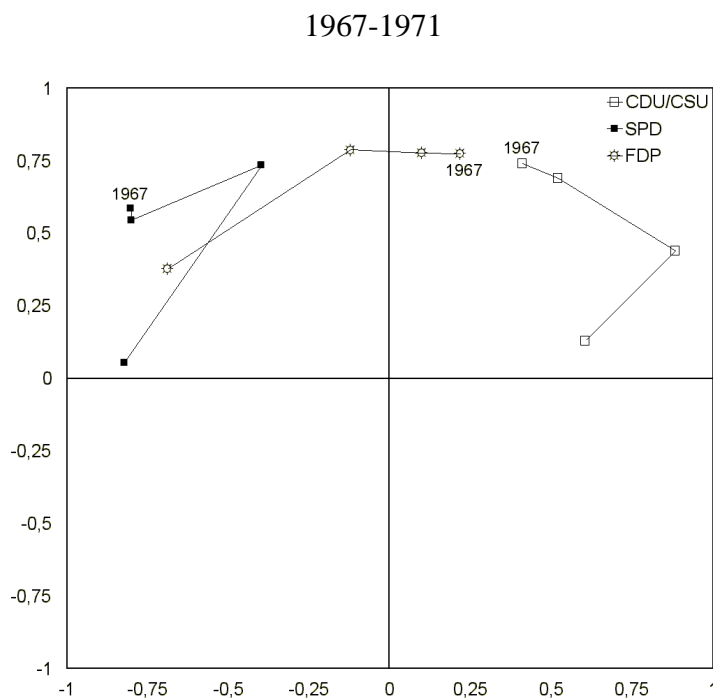
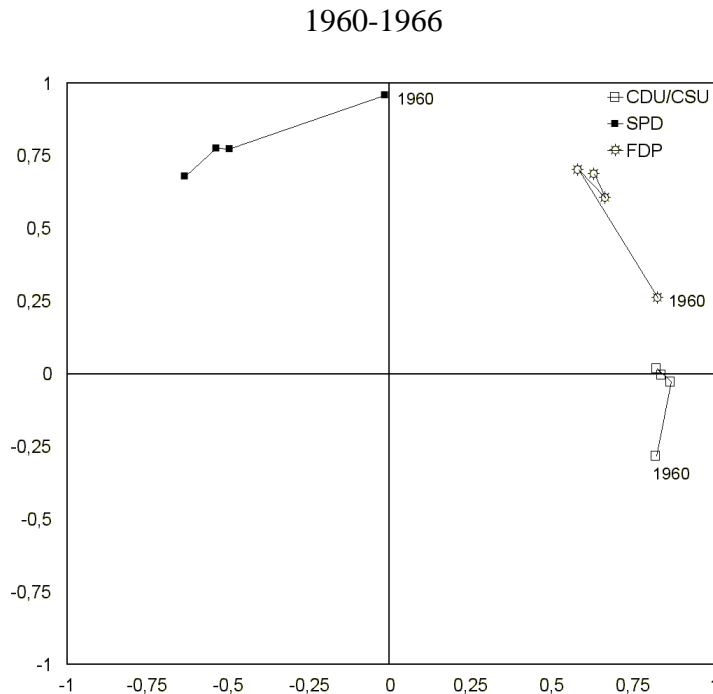
Es spricht somit einige empirische Evidenz für die zweite Interpretation. Die Regierungsbeteiligung wäre dann für die FDP in der Tat ein Überlebensimperativ.

5.4 Die Stellung der FDP im bundesdeutschen Parteiensystem

Hypothese H₇ besagt, daß die Position der FDP im bundesdeutschen Parteiensystem nicht festgelegt ist und sich in Abhängigkeit von den koalitionspolitischen Bindungen der Partei verschiebt. In Abbildung 10 ist die Entwicklung des Parteienwettbewerbs in Deutschland zwischen 1960 und 1996 dargestellt.⁷ Wir haben die Entwicklung in fünf Teilabbildungen aufgedgliedert, wobei sich jeweils eine Phase der relativen Stabilität (1960-1966, 1972-1979, 1985-1996) mit einer Phase des Umbruchs (1967-1971, 1980-1984) abwechselt.

⁷ Da die Sympathieskalometer erst ab 1960 in den verwendeten Daten enthalten sind, war eine umfassendere Analyse nicht möglich.

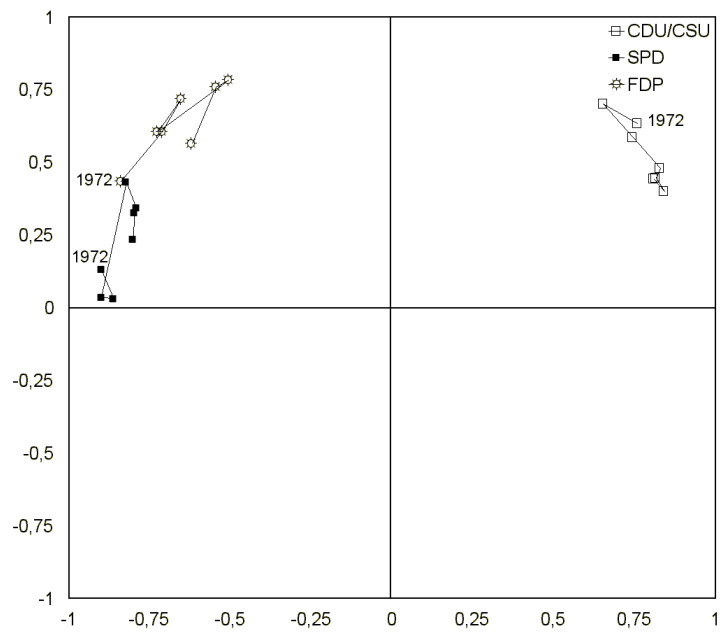
Abb. 10: Die Entwicklung des Parteienwettbewerbs
Bundesrepublik Deutschland (alte Bundesländer) 1960-1996



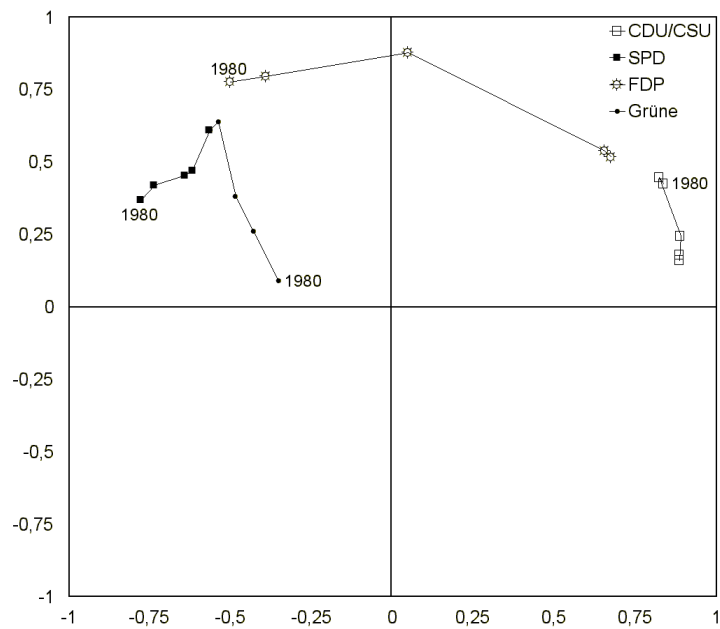
Anmerkungen:

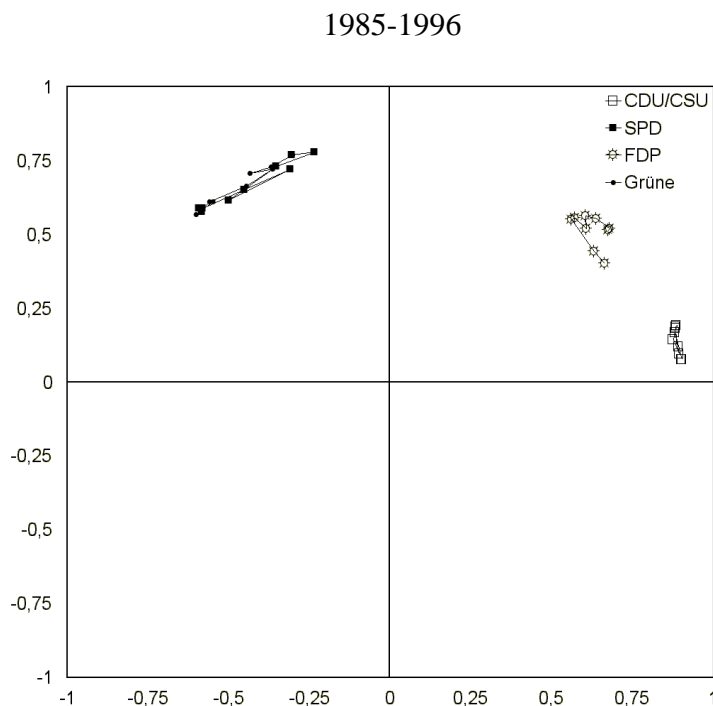
Den Abbildungen liegen jeweils unrotierte Hauptkomponentenanalysen der Sympathieskalometer der eingetragenen Parteien zugrunde. Aus Gründen der Vergleichbarkeit über die Zeit wurde per Voreinstellung eine zweifaktorielle Lösung erzwungen. In der überwiegenden Mehrheit der Jahre hätte sich aber auch nach dem Kaiser-Kriterium eine zweifaktorielle Lösung ergeben. Jede Partei wurde für jedes Jahr nach der Maßgabe ihrer Ladungen auf den beiden Faktoren in die Abbildungen eingetragen. Die Faktoren wurden jeweils so angeordnet, daß der horizontale Faktor den Links-Rechts-Gegensatz aufspannt. Nur für die Jahre 1992 und 1993 ergab sich eine Faktorlösung, die mit der hier erkennbaren allgemeinen Struktur nicht kompatibel war. In diesen beiden Jahren, in denen sich die „Politikverdrossenheit“ auf ihrem Höhepunkt befand, laden alle Parteien auf dem ersten Faktor hoch, der so die Nähe bzw. Distanz zu den Parteien als solchen abbildet. Aufgrund der nicht gegebenen Vergleichbarkeit sind diese beiden Jahre in die Abbildung nicht eingegangen. Die Punkte einer jeden Partei wurden in den Grafiken mit einer Linie verbunden. Die in den ersten vier Teilgrafiken eingetragenen Jahreszahlen ermöglichen die Identifikation der einzelnen Erhebungszeitpunkte.

1972-1979



1980-1984





Grundlage dieser Abbildungen sind Faktoranalysen der Einstufungen der Parteien auf den sog. Sympathieskalometern (zu genaueren methodischen Angaben vgl. die Anmerkung zu Abb. 10). Die horizontale Achse der Graphiken stellt jeweils die Links-Rechts-Achse dar. Prinzipiell gilt, daß je dichter beieinander zwei Parteien angesiedelt sind, desto ähnlicher sind sie in den Augen der Wähler. Wir wollen uns bei der Interpretation dieser Graphiken auf die relative Verortung der Parteien zueinander konzentrieren und insbesondere die Bewegungen der FDP entlang der Links-Rechts-Achse verfolgen.

In den Jahren 1960-1966 war das bundesdeutsche Parteiensystem relativ festgefügt: Die CDU und die FDP standen auf der rechten Seite und wurden als relativ dicht beieinander liegend wahrgenommen. Die SPD hingegen markierte den linken Pol des Parteiensystems. In den Jahren 1967-1971 änderte sich die Situation deutlich. Während der Zeit der Großen Koalition stand die FDP ziemlich genau in der Mitte des Parteiensystems, um dann nach der Bildung der sozial-liberalen Koalition sehr schnell und sehr deutlich auf die linke Seite zu rücken. Diese Konstellation blieb in den Jahren 1972-1979 ohne größere Schwankungen weitgehend erhalten. Erst in den Jahren 1980-1984 geriet das Parteiensystem erneut in Bewegung. Mit ihrer koalitionspolitischen „Wende“ in den Jahren 1982/83 trat die FDP erneut eine dramatische Wanderung durch das Parteiensystem an. Innerhalb von nur 3 Jahren wechselte sie von der linken auf die rechte Seite. Die neugegründete Partei „DIE GRÜNEN“ bewegte sich in dieser Zeit in die Lücke, die die FDP auf der linken Seite des Parteiensystems hinterlassen hatte. In den Jahren 1985-1996 konsolidierte sich dann das Parteiensystem in seiner neugewonnenen Form. Die letzte Teilgrafik macht gleichzeitig

aber auch deutlich, daß der „Rückweg“ der FDP in eine sozial-liberale Koalition durch das Aufkommen der GRÜNEN erschwert worden ist, da diese den von der FDP 1982 freigemachten Platz im Parteiensystem eingenommen haben.

6 Schlußfolgerungen und Ausblick

Die FDP befindet sich momentan ganz zweifellos in der Krise: Konnte sie in den ersten beiden Jahrzehnten der Bundesrepublik noch auf eine sozialstrukturelle Verankerung im protestantischen Alten Mittelstand bauen, so ist sie spätestens seit 1969 immer mehr in die Rolle einer Funktionspartei geraten, die weniger um ihrer selbst als um ihrer Funktion im Parteiensystem willen gewählt wird. Die Regierungsbeteiligung stellt somit für die FDP einen „Überlebensimperativ“ dar. Nach der Bundestagswahl 1998 ist die FDP nicht mehr an der Bundesregierung beteiligt; ihre Stellung als Pivotal Party hat sie bereits mit dem Aufkommen der GRÜNEN verloren. Somit wird vor dem Hintergrund der im vorliegenden Aufsatz präsentierten Befunde auch das Überleben der FDP fraglich, da die beschriebenen funktionalen Motive, die bei der Wahl der FDP dominieren, nun keine große Bedeutung mehr besitzen dürften. Da einiges dafür spricht, daß sich selbst affektive Bindungen an die FDP über ihre Funktion als Koalitions- und Regierungspartei aufbauen, scheint das Ende der FDP unvermeidlich. Dies gilt um so mehr, als die FDP in den Ländern und Kommunen kaum noch eine Verankerung besitzt. Das Schicksal der FDP wird sich dementsprechend wohl an der Frage entscheiden, inwieweit es der FDP in der Opposition gelingt, wieder eine eigenständiges inhaltliches Profil zu erlangen.

Der von **Lösche** und **Walter** vorgeschlagene Ausweg einer „rechtspopulistischen Wende“ der FDP scheint uns dabei aus mehreren Gründen nicht gangbar (vgl. **Lösche/Walter** 1996): Erstens ist diese Nische des politischen Marktes in Deutschland schon von verschiedenen rechten Splitterparteien besetzt. Zweitens würde eine solche Strategie das Funktionswählermotiv kurzfristig nicht reaktivieren können, da rechtspopulistische Parteien in Deutschland bislang als nicht koalitionsfähig gelten. Drittens schließlich fehlt eine charismatische Führungsperson à la **Jörg Haider**, die die FDP in diese Richtung bewegen könnte.

Literaturverzeichnis

Bürklin, Wilhelm/Klein, Markus, 1998: Wahlen und Wählerverhalten. Eine Einführung. Opladen: Leske+Budrich (=Grundwissen Politik, Bd. 3).

Dittbner, Jürgen, 1987: FDP - Partei der zweiten Wahl. Ein Beitrag zur Geschichte der liberalen Partei und ihrer Funktionen im Parteiensystem der Bundesrepublik. Opladen: Westdeutscher Verlag.

Falter, Jürgen W., 1981: Kontinuität und Neubeginn. Die Bundestagswahl 1949 zwischen Weimar und Bonn. In: Politische Vierteljahresschrift, 22, S. 236-263.

Falter, Jürgen W./Winkler, Jürgen, 1996: Die FDP vor dem Aus? In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 6, S. 45-53.

Fliszar, Fritz/Gibowski, Wolfgang G., 1984: Die Wähler der Parteien. In: liberal, 26, Heft 2, S. 67-78.

- Hoffmann-Lange, Ursula**, 1980: Sozialliberale und konservative Vorstellungen in der FDP. In: **Albertin, Lothar** (Hrsg.): *Politischer Liberalismus in der Bundesrepublik*. Göttingen: Sammlung Vandenhoeck, S. 169-194.
- Jung, Matthias**, 1992: Die FDP nach der Bundestagswahl 1990. In: **Eisenmann, Peter/Hirscher, Gerhard** (Hrsg.): *Die Entwicklung der Volksparteien im vereinten Deutschland*. Bonn: Verlag Bonn Aktuell, S. 70-83.
- Kaack, Heiko**, 1978: *Die F.D.P. Grundriß und Materialien zur Geschichte, Struktur und Programmatik*. Zweite, neubearbeitete Auflage. Meisenheim am Glan: Verlag Anton Hain.
- Klingemann, Hans-Dieter/Pappi, Franz Urban/Stoltz, Volker**, 1970: *Das Wählerpotential der FDP*. Bad Godesberg: Institut für Politische Planung und Kybernetik.
- Kohler, Ulrich**, 1995: Individualisierung in der BRD 1953-1992. Ein empirischer Test der Individualisierungstheorie im Bereich des Wahlverhaltens. Unveröffentlichte Magisterarbeit, Universität Mannheim.
- Lösche, Peter/Walter, Franz**, 1996: *Die FDP: Richtungsstreit und Zukunftszweifel*. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft.
- Merck, Johannes**, 1987: „Klar zur Wende?“ - Die FDP vor dem Koalitionswechsel in Bonn 1980-1982. In: *Politische Vierteljahresschrift*, 28, S. 384-402.
- Merkel, Peter H.**, 1970: Coalition Politics in West Germany. In: **Groennings, Sven/Kelley, E. W./Leiserson, Michael** (Eds.): *The Study of Coalition Behavior. Theoretical Perspectives and Cases from four Continents*. New York u.a.: Holt, Rinehart and Winston, S.13-42.
- Rémy, Dominique**, 1975: The Pivotal Party: Definition and Measurement. In: *European Journal of Political Research*, 3, S. 293-301.
- Roberts, Geoffrey K.**, 1988: The 'second-vote' campaign strategy of the West German Free Democratic Party. In: *European Journal of Political Research*, 16, S. 317-337.
- Roberts, Geoffrey K.**, 1996: The 'Great Escape': The FDP and the Superwahljahr. In: **Dalton, Russell J.** (Ed.): *Germans Divided. The 1994 Bundestag Elections and the Evolution of the German Party System*. Oxford/Washington, D.C.: Berg, S. 61-84.
- Schiller, Theo**, 1977: Wird die FDP eine Partei? In: **Narr, Wolf-Dieter** (Hrsg.): *Auf dem Weg in den Einparteienstaat*. Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 122-148.
- Schiller, Theo**, 1981: FDP. In: **Greiffenhagen, Martin/Greiffenhagen, Sylvia/Prätorius, Rainer** (Hrsg.): *Handwörterbuch zur politischen Kultur der Bundesrepublik Deutschland: ein Lehr- und Nachschlagewerk*. Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 155-159.
- Schiller, Theo**, 1993: Stand, Defizite und Perspektiven der FDP-Forschung. In: **Niedermayer, Oscar/Stöss, Richard** (Hrsg.): *Stand und Perspektiven der Parteienforschung in Deutschland*. Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 119-146.
- Schnell, Rainer/Kohler, Ulrich**, 1995: Empirische Untersuchung einer Individualisierungshypothese am Beispiel der Parteipräferenz von 1953-1992. In: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 47, S. 634-657.
- Søe, Christian**, 1985: The Free Democratic Party. In: **Wallach, H. G. Peter/Romoser, George K.** (Hrsg.): *West German Politics in the Mid-Eighties. Crisis and Continuity*. New York: Praeger, S. 112-186.
- Søe, Christian**, 1990: The Free Democratic Party: Two Victories and a Political Realignment. In: **Cerny, Karl H.** (Ed.): *Germany at the Polls. The Bundestag Elections of the 1980s*. Durnham, NC: Duke University Press, S. 111-141.
- Søe, Christian**, 1993: Unity and Victory for the German Liberals: Little Party, What Now? In: **Dalton, Russell J.** (Ed.): *The New Germany Votes. Unification and the Creation of the New German Party System*. Providence/Oxford: Berg, S. 99-133.
- Stammen, Theo**, 1987: Die Freie Demokratische Partei: Das Zünglein an der Waage. In: **Haungs, Peter/Jesse, Eckhard** (Hrsg.): *Parteien in der Krise? In- und ausländische Perspektiven*. Köln: Verlag Wissenschaft und Politik, S. 115-119.
- Vorländer, Hans**, 1990: Die FDP zwischen Erfolg und Existenzgefährdung. In: **Mintzel, Alf/Oberreuter, Heinrich** (Hrsg.): *Parteien in der Bundesrepublik Deutschland*. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, S. 237-275.
- Vorländer, Hans**, 1992a: Die Freie Demokratische Partei. In: **Mintzel, Alf/Oberreuter, Heinrich** (Hrsg.): *Parteien in der Bundesrepublik Deutschland*. 2. Auflage. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, S. 266-318.
- Vorländer, Hans**, 1992b: FDP - Freie Demokratische Partei. In: **Andersen, Uwe/Woyke, Wichard** (Hrsg.): *Handwörterbuch des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland*. Opladen: Leske+Budrich, S. 153-155.
- Walter, Franz**, 1994: Partei der Bessergekleideten. Die FDP auf dem Weg zurück in die Zukunft. In: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 39, S. 1091-1100.
- Zülch, Rüdiger**, 1971: *Die dritte Partei im Kräftefeld des Koalitionssystems - von der FDP zur F.D.P.*. Köln: Inauguraldissertation zur Erlangung des Doktorgrades der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität zu Köln.